

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

2. Die Nachteile des Gesetzentwurfes für die Gewerkschaften. (Fortf. statt Schl.)

Wir kommen zu einem weiteren Nachteile des Gesetzes: Minderjährige Mitglieder (das heißt Personen unter 21 Jahren) dürfen weder Mitglieder des Verbandes, noch der Ortsverwaltung sein, noch dürfen sie als Vertrauensleute der Gewerkschaft fungieren; sogar das Stimmrecht wird diesen Mitgliedern entzogen. Die gewaltige Arbeiterschicht, die Altersklasse von 16 bis 21 Jahren, die bei vielen Gewerbeberufen schon sehr leistungsfähige und hochbezahlte Arbeiter umfaßt, soll also, wie ein Sozialpolitiker in der „Frankfurter Zeitung“ richtig hervorhebt, von der Mitbestimmung über ihre Berufsfragen, über die Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse, zum Beispiel durch korporative Tarifverträge, ganz ausgeschlossen sein. Sie dürfen mitzahlen, mitstreifen, sie dürfen für sich ganz allein Arbeitsverträge mit dem stärksten Unternehmer abschließen, aber in den eingetragenen Gewerkschaften sollen sie über die Dinge, die ihnen auf den Leib brennen, nicht mitentscheiden können! Menschen, die seit dem Verlassen der Volksschule viele, bis zu 7 und 8 Jahren in der harten Schule des Lebens und der Arbeit stehen, sollen kein Urteil über Lohn- und Arbeitsfragen haben, während man gleichaltrige Jünglinge im Militär mit großen Erziehungsaufgaben und verantwortlicher Führung von staatlicher Gefolgschaft betraut!

Eine solche die Rechte eines großen Mitgliederkreises der Gewerkschaften einschränkende Bestimmung ist für uns natürlich unannehmbar.

Unannehmbar, weil für die Gewerkschaften schädigend, ist auch die im Entwurf vorgesehene Verfassung des eingetragenen Berufsvereins. Im § 7 heißt es darüber:

„Durch die Satzung kann bestimmt werden, daß an die Stelle der Versammlung der Mitglieder ein Ausschuss tritt, der von diesen gewählt wird. Die Wahl kann nach Abteilungen der Mitglieder erfolgen. Der Ausschuss muß aus mindestens fünfzig Vereinsmitgliedern bestehen. Hat der Verein mehr als tausend Mitglieder, so muß für je tausend weitere Mitglieder dem Ausschuss mindestens ein Mitglied hinzutreten. Die Vermehrung der Mitglieder während einer Wahlperiode kommt für diese nicht in Betracht. Für eine neue Wahl bestimmt sich die Mindestzahl der Ausschussmitglieder nach dem Bestande der Vereinsmitglieder am Schlusse des letzten Geschäftsjahres. Für die Ausschussmitglieder ist mindestens eine gleiche Zahl von Stellvertretern zu wählen, die bei deren Wegfall der Reihe nach an ihre Stelle treten. Die Reihenfolge bestimmt sich, soweit sich nicht aus der Satzung ein anderes ergibt, nach der bei der Wahl erhaltenen Stimmzahl, bei gleicher Stimmzahl nach dem Alter. Der Vorstand hat Zeit und Ort der Ausschusssitzungen unter Angabe der Gegenstände der Tagesordnung in den für die Veröffentlichung des Vereins bestimmten Blättern mindestens drei Tage vorher bekannt zu machen. Der Vorstand eines Vereins, für den ein Ausschuss gebildet ist, ist verpflichtet, die Versammlung der Mitglieder ohne Verzug zu berufen, wenn mindestens der vierte Teil oder der durch die Satzung hierfür bestimmte geringere Teil der stimmberechtigten Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt; die Vorschrift des § 87 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet Anwendung. Die in der Satzung dem Ausschuss übertragenen Befugnisse gehen für diesen Fall auf die Versammlung der Mitglieder über.“

Nach den Motiven soll diese Bestimmung den Verhältnissen besonders in den großen Gewerkschaften Rechnung tragen, denen es mit ihrem räumlich ausgedehnten Mitgliederkreise nicht möglich ist, eine ordnungsmäßige Mitgliederversammlung für das ganze Vereinsgebiet zu berufen. Es müßte aber im Interesse der Mitglieder selbst Vorfrage dagegen getroffen werden, daß der Vorstand zusammen mit einer geringen Zahl zum Ausschusse vereinigter Mitglieder eine unbeschränkte Alleinherrschaft im Verein ausübe. Deshalb diese Bestimmung. Man kann hier die guten Absichten des Gesetzgebers durchaus billigen, und braucht mit

der hier getroffenen Regelung nicht einverstanden zu sein. Tatsächlich wird hier eine Sache, die von den modernen Gewerkschaften längst schon im Sinne des Gesetzgebers gehandhabt worden ist, viel zu schematisch behandelt. Das einfachste wäre gewesen, wenn der Gesetzgeber die aus der Praxis heraus geborenen und zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelten Organe der Gewerkschaften anerkannt hätte, statt daß er den Gewerkschaften eine Verfassung nach Schema F aufzwang, die auf Entwicklung und Eigenart der einzelnen Vereine keinerlei Rücksicht nimmt.

Unannehmbar für die Gewerkschaften ist auch die Bestimmung über die Anlegung des Mitgliederverzeichnisses. Nach § 11 wird die Vorschrift des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach der Vorstand eines eingetragenen Vereins dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen hat, für die eingetragenen Berufsvereine außer Kraft gesetzt. Das ist nach den Motiven geschehen, um den Arbeitgebern die Möglichkeit einer vollständigen Kontrolle darüber, ob und welchen eingetragenen Vereinen ihre einzelnen Arbeiter angehören, zu nehmen. Unverständlich ist es dann aber, wenn das Gesetz den eingetragenen Berufsvereinen die Verpflichtung auferlegen will, nach näherer Bestimmung des Bundesrates ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen, das der Verwaltungsbehörde (also auch der Polizeibehörde) jederzeit vorgelegt werden muß, und in das auch den Vereinsmitgliedern jederzeit Einsicht zu gewähren und von dem diesen auf ihre Kosten eine beglaubigte Abschrift zu erteilen ist. Das heißt doch, die Gewerkschaften vor eine geradezu unmögliche Aufgabe stellen, das heißt sie mit einem Übermaß von Verwaltungsarbeiten belasten.

Wie soll eine große Organisation wie der Metallarbeiterverband mit seinen 340 000 Mitgliedern, oder auch der Holzarbeiterverband mit seinen 180 000 Mitgliedern — einer Mitgliedermasse, die ständig zu- und abfließt — in der Lage sein, ein zutreffendes Verzeichnis seiner Mitglieder aufzustellen? Allein diese Bestimmung könnte den Gewerkschaften zu einer Quelle vieler und großer Schikanen seitens der Polizei und sogar seitens der eigenen, dem Verein feindlich gesinnten Mitglieder werden. Und ist nach dieser Bestimmung nicht wieder die Möglichkeit für die scharfmacherischen Unternehmer geschaffen worden, auf dem Wege über die Polizei sich die nötigen Kenntnisse über die Organisationsverhältnisse bei ihnen beschäftigten Arbeiterschicht zu verschaffen? Diese Lage ist doch jetzt schon da, wo nach dem geltenden Vereinsgesetz für die Gewerkschaften die Verpflichtung der Anmeldung der Mitglieder bei der örtlichen Polizeibehörde bestand, von den Scharfmachern beschritten worden,* wie viel eher wird das künftig geschehen, wo mit der Einsichtnahme in das Mitgliederverzeichnis sich auch noch eine direkte Schikane gegen den eingetragenen Berufsverein erzielen läßt.

Jeder Hinweis auf das gemeine Recht, mit dem der Gesetzgeber in der Begründung zum Gesetzentwurf diese Bestimmung zu rechtfertigen versucht, erübrigt sich. Dazu schafft man doch gerade ein Gesetz speziell für die eingetragenen Berufsvereine, damit der Eigenart der Gewerkschaften und ihren praktischen Bedürfnissen besser Rechnung getragen werden kann. Wenn die Regierung allerdings ein Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften machen wollte, so konnte sie das nicht besser erreichen, als auf dem von ihr eingeschlagenen Wege. Durch die geschilderten Bestimmungen wird den Gewerkschaften ihre Tätigkeit sehr erschwert werden, mehr aber noch geschieht das durch den § 10 des Gesetzentwurfes.

Nach § 10 können Beschlüsse der Mitgliederversammlung, wenn sie gegen das Gesetz oder gegen die Statuten verstoßen, von jedem Mitglied, das an der Versammlung teilgenommen hat, im Wege der Klage angefochten werden. Und zwar muß die Klage binnen einem Monat erhoben und darf erst nach Ablauf dieses Monats verhandelt werden. Die in einem solchen Prozeß ergehenden Urteile sollen auch

* Wir erinnern nur an die zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommenen Fälle in Ochtmerleben und Staffurt. (Siehe „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Verlag der Generalkommission. Seite 44 und folgende.)

für die Mitglieder wirken, die für ihre Person die fraglichen Beschlüsse gar nicht haben anfechten wollen. Das wird in der Begründung als „Schutz der Minderheit gegen die Mehrheit“ hingestellt. In Wahrheit führt es, wie Wolfgang Heine in der „Metallarbeiter-Zeitung“ ganz richtig ausführt, zu einer unerträglichen Tyrannei der Minderheit, ja vielleicht eines einzigen Mitglieds über die Mehrheit, wenn ein solcher Prozeß nicht nur für die Wirkung haben soll, die ein Interesse daran gehabt haben, einen Beschluß anzufechten, sondern wenn auch die Mitglieder der Mehrheit, die den Beschluß freiwillig und gern akzeptieren wollen, dadurch gehindert sein sollen, ihren eigenen Willen für ihre Person zur Ausführung zu bringen. Selbstverständlich können in solchen, den ordentlichen Gerichten überwiesenen Prozessen nach den allgemeinen Bestimmungen der Zivilprozessordnung auch „einstweilige Verfügungen“ erwirkt werden. Es ist nicht schwer, sich auszumalen, in welcher Weise gerade in wichtigen Momenten perfide Mitglieder die Aktion der Verbände dadurch lähmen könnten. Jeder Duertreiber hat danach die Möglichkeit, die Beschlüsse der Gewerkschaft zu unterminieren oder ihre Gültigkeitserklärung hinauszuschieben, und jedes von den Unternehmern erkaufte Subjekt kann die Gewerkschaft in Zeiten schwerer Kämpfe aktionsunfähig machen. Man braucht nur an die Klage einiger Mitglieder des Genefeldverbundes gegen die Leitung dieser Organisation zur Zeit der Lithographenaussperrung im Sommer dieses Jahres zu erinnern, um die Bedeutung einer solchen Bestimmung gegen eine Gewerkschaft richtig zu würdigen. (Schluß folgt.)

Klassenbewußtsein und Klassenkampf.

I.

—r. Schon der alte griechische Philosoph Heraklit hat das Wort geprägt: „Der Kampf ist der Vater aller Dinge!“ und auch heute noch können wir deutlich beobachten, daß alle großen Dinge das Erzeugnis eines Kampfes sind, der sich zwischen den verschiedenen Ideen und Interessen respektive deren Vertretern abspielt. Überall treten die Gegenkräfte in die Erscheinung und suchen sich durchzusetzen, überall wogt der Kampf so lange hin und her, bis er sich in eine höhere Einheit auflöst. Die Entwicklung der Menschheit beruht auf einem ewigen Ringen, bei dem das Bessere den Sieg davonträgt über das Minderwertige, das Überlebte. All das Gute, das zu seiner Zeit einen Fortschritt bedeutete, wird abgelöst durch das vollkommenere Neue und die Menschheit geht darüber zur Tagesordnung über.

Besonders beobachten wir diesen fortwährenden Kampf zwischen dem emporstrebenden Proletariat und der bestehenden Klasse. Das Unternehmertum hat sich in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft die wirtschaftliche Macht erobert, es pocht auf seinen Geldsack und macht von dem Ausbeutungsrecht im weitesten Umfange Gebrauch, wodurch es sich immer mehr die Taschen füllt. Bei dieser seiner einträglichen Beschäftigung benutzte es den reichgegliederten Apparat des modernen Klassenstaats als Mittel zum Zweck, und auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, auf Kirche, Schule, Rechtssprechung, Kunst, Wissenschaft usw. hat es seine mächtige Hand gelegt. Demgegenüber versucht die besitz- und rechtlose Arbeiterklasse sich die Gleichberechtigung zu erkämpfen, und zwar die wirkliche Gleichberechtigung: sie will die Ausbeutung und damit die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital beseitigen, sie will das Proletariat aus dem Sumpfe des materiellen und geistigen Elends herausheben auf die höchste Stufe menschlicher Vollkommenheit. Und da der Kapitalismus diesen Emanzipationsbestrebungen hartnäckigen, rücksichtslosen Widerstand leistet, so kommt es natürlich zu einem zähen, erbitterten Kampfe zwischen den beiden Klassen.

Man sollte es kaum glauben, daß es noch heutzutage Leute gibt, die das Bestehen eines Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit leugnen und den Klassenkampf für das Produkt sozialdemokratischer Gehelei erklären. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschafter singen ja seit Jahrzehnten das Lied von der „Harmonie der Interessen“ und auch die Christlichen stoßen in dieses Horn; wie die Taube aus der Arche, so laufen sie mit dem Ölweig des Friedens im Schnabel herum und wollen alles auf dem friedlichen Wege erledigen. „Nur ja kein Kampf!“ so lautet ihre Parole und „Der Friede sei mit euch!“ ihr Wahlspruch. Da ist es denn ganz interessant, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ dem Kampfe das Wort redet, indem sie schreibt: „Im wirt-

schafflichen und sozialen Leben ist der Kampf ein notwendiges Prinzip. Gerade in dieser Zeitung ist oft genug auf die seit den Urzeiten der Philosophie anerkannte Schöpfungsarbeit des Kampfes hingewiesen worden, und wer sollte auch besser als die Arbeitgeber wissen, daß ohne Kampf, ohne Wettbewerb kein Fortschritt möglich ist! Das gilt nicht allein im kaufmännischen Verhältnis der Konkurrenten zueinander, das gilt in gleichem Maße auch für das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist eine nichtswürdige und ruchlose Verleumdung, wenn ein gewisser Teil der sozialdemokratischen Presse behauptet, das Ideal der Arbeitgeber sei eine rechtlose willenslose und ohnmächtige Arbeiterschaft, die nichts fordert, die keine Kritik übt, die in dem Unternehmer ihren Gott und dem Werkmeister seinen Stellvertreter erblickt, die Arbeit und Lohn als bloße Gnade des Unternehmers betrachtet, die in der Not demütig um ein Almosen bittet und die demagogisch-kapitalistischen Wohlfahrtsanstalten als Wohltaten preist und verherrlicht. Nein, eine solche Auffassung dem Arbeitgebertum zu unterstellen, das ist mehr als eine Verleumdung, das ist die beleidigende Voraussetzung vollkommener Urteilslosigkeit und geistiger Ohnmacht! Besser noch als die weisen Könige wissen die Arbeitgeber, daß es nichts taugt, über Sklaven zu herrschen, daß nur die Arbeit freier und selbstbewusster Männer zu wirklicher, bleibender Wohlfahrt verhilft. Kampf soll sein! Auch die Arbeiter sollen um ihr Recht, um ihr materielles und ideelles Recht kämpfen, denn glaubt man im Lager der Sozialdemokratie wirklich, daß unter den Arbeitgebern jede Einsicht dafür fehlt, wie diejenigen Vorteile, die der Arbeitgeber freudig und aus freien Stücken seiner Arbeiterschaft gewähren möchte, an anderer, weniger weitstichtiger Stelle erst durch Kampf errungen werden müssen? Aber selbst von der Notwendigkeit eines solchen Ausgleichs abgesehen, soll und darf nicht geleugnet werden, daß auch im Arbeitsverhältnis ein Kampf, der sich in den Formen der Gerechtigkeit und Ordnung abspielt, unter Umständen ebenfalls ein willkommenes Mittel zum Fortschritt und zur Förderung der Gesamtinteressen bedeuten kann. Oder sollte der Kampf, den das englische Proletariat zur Abschaffung einer über alle Maßen grausamen Kinderarbeit geführt hat, nicht der Industrie der ganzen Welt und in gleichem Maße dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft zugute gekommen sein?

Hier wird ausdrücklich anerkannt, daß der Kampf eine Notwendigkeit ist und eine Ursache des Fortschritts. Diese Anerkennung ist um so bedeutungsvoller, als die Arbeitgeber den Kampf des Proletariats um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sonst immer als eine Auflehnung gegen „die gottgewollte Ordnung“, als ein Attentat auf Staat und Gesellschaft bezeichnet und gebrandmarkt haben. Allerdings kommt auch bei dieser Anerkennung wieder der obligate Pferdebefug zum Vorschein, indem der Artikelschreiber nur den Kampf für berechtigt erklärt, „der sich in den Formen der Gerechtigkeit und Ordnung abspielt“ und „die verblendete Kampfsucht der Sozialdemokratie“ tadelt, die den Kampf um seiner selbst willen als das einzige Mittel des Fortschritts betrachtet. Er spricht von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als von Leuten, denen es „weniger auf produktive Arbeit, als auf zerstörenden Kampf ankommt. Dabei ist wieder jenes eigentümliche und in so hohem Maße gefährliche Gemisch von Recht und Unrecht zu beachten, das die Taktik der Umsturzpartei überall auszeichnet. Die Genossen bekämpfen die Fleischnot, und sie kämpfen in dieser Angelegenheit für eine gute Sache, sie kämpfen Schulter an Schulter mit dem größten Teil der industriellen Arbeitgeber, sie treffen zusammen mit den Beherrschenden, sie die sich der Verband schädlicher Anstrengungen haben mit aller Energie ins Zeug gelegt hat. Aber daneben wird die Sozialdemokratie ihre Machtstellung im Parlament und in den Gemeinden zu Kämpfen benutzen, die nicht zur Abhilfe bestehender Übelstände, sondern zu rein revolutionären Zwecken unternommen werden. Gegen die Kirche, gegen die Staatsbehörden, gegen Heer und Marine wird gekämpft, gleichgültig, ob der Kampf Erfolg verspricht oder nicht. Es ist der Kampf um des Kampfes willen, es ist das politische Rowdytum, das Fenster scheiben einwirft und friedliche Bürger mißhandelt, aus keinem anderen Grunde, als aus der Freude am Krawall, die sich mit der geheimen Hoffnung paart, bei diesem unsauberen Handel doch einen Vorteil erhaschen zu können.“

Wir haben nicht nötig, unseren Kollegen erst noch zu sagen, daß diese Behauptung durchaus unwahr ist. Wir halten es auch für überflüssig und unter unserer Würde, uns noch gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß wir Rowdys seien, die sich wie Straßenbuben raufen, weil es ihnen Spaß macht, sich in Dreck zu wälzen. Es läßt uns unendlich kalt, wenn die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ den alten Kohl immer wieder aufwärmt, daß die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter den Klassenkampf in der Anwendung brutaler Gewalt und heimtückischer Hinterlist erblickten. Und wenn es in dem erwähnten Artikel heißt: „Nur auf dem Wege des zerstörenden Kampfes, nur durch destruktive Gewalt, durch Verneinung von Recht und Ordnung glaubt die Sozialdemokratie das Glück der Menschheit begründen zu können. Oder richtiger, sie glaubt es nicht, aber sie predigt es ihren verblendeten Anhängern. Solche Lehre ist der Ausfluß einer finsternen pessimistischen Weltanschauung, und man muß diese bekämpfen, wenn man der sozialdemokratischen Lehre und ihrer Verbreitung entgegenzutreten will.“ so lachen wir über diesen Blödsinn und geben dem Artikelschreiber den guten Rat, er möge nicht über Sachen schreiben, von denen er nichts versteht.

Wie ein vernünftiger Sozialdemokrat und Gewerkschafter den Klassenkampf aufsaßt, von welchen Gesichtspunkten aus und zu welchem Zwecke er ihn führt, wollen wir in einem Schlussartikel erörtern. Es erscheint dies um so notwendiger, weil die in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ vertretene Auffassung vom Klassenkampf auch in weiten Kreisen unserer irreführenden Arbeitsbrüder geteilt wird. Nicht um die Unternehmer aufzuklären, sondern um unseren eigenen, falsch unterrichteten Klassengenossen das wahre Gesicht der im Dienste des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung zu zeigen, schreiben wir den Schlussartikel.

Macht — nicht Mitleid.

n. Einen überaus eigenartigen Mitarbeiter beschäftigt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in der Person des Mannes, der als „Synkeus“ allwöchentlich unterm Strich die tiefstimmige Frage stellt: „Was geht vor?“ und auf diese tiefstimmige Frage ebenso tiefstimmigen Bescheid gibt, indem er Himmel und Hölle und alle Welt durchforscht nach Beweisen, daß die Menschheit dem Untergang geweiht ist, wenn nicht schleunigst der Sozialdemokratie und mit ihr der gesamten Arbeiterbewegung der Hals umgedreht wird. In der letzten Nummer des genannten Blattes bringt der Mann es fertig, die Explosion der Roburitfabrik bei Annen als ein Zeichen des Himmels zu deuten, daß es so nicht weiter gehen kann:

„Die beklagenswerte Katastrophe hat den Techniker und die verantwortlichen Leiter städtischer Angelegenheiten zur Vorsicht ermahnt, aber sie kann auch dem Sozialpolitiker ein warnendes Gleichnis sein. Wer den Feind in seinem Bereich duldet und sich darauf verläßt, daß dessen harmlose Natur oder die päpstlichen Schutzmaßnahmen zu seiner Niederhaltung genügen, der muß auf bittere Enttäuschungen gefaßt sein.“

Bei einem Manne mit so blühender Phantasie kann es nicht wundernehmen, daß er, um seinen Artikel würdig zu krönen, zum Schlusse sogar den blutigen Geist Robespierres zitiert, dessen Wort: „Wir tanzen auf einem Vulkan“ auch unserer Zeit zur Warnung dienen sollte. In Unbetracht der Richtung, die Robespierres politische Tätigkeit später nahm, will es uns doch mehr als gewagt erscheinen, wenn ein staatsferkalkender Mann wie Synkeus sich gerade auf den Schreckensmann der französischen Revolution beruft. Bekanntlich waren es nicht Köpfe von Arbeitern, sondern von ganz anderen Leuten, mit denen Maximilian Robespierre das Wüten des Vulkans zu beschwören versuchte.

Einerlei indes; sehen wir, was Synkeus, der hell- und weitstichtige Umschauer der „Arbeitgeber-Zeitung“, uns sonst noch zu sagen hat. Er entwickelt in seiner gelehrten Manier eine Theorie des Mitleids, indem er unter Berufung auf Schopenhauer verkündet, daß „der Menschenseele höchste Betätigung“ im Mitleid zu suchen sei. Nur darüber habe Streit bestanden, wem und welchem Kreise der Menschheit ein höheres oder geringeres Maß dieser menschlichen Empfindung zu gewähren sei. Dann heißt es:

„Nichts Erhabeneres, als wenn sich das Mitleid niederbeugt, um den Elenden zu trösten, den Hungernen zu laben, den Kranken zu pflegen. Aber je edler eine Empfindung ist, desto schimpflicher und verwerflicher erscheint das Tun derjenigen, die eine solche Empfindung heuchlerisch als Maske für ihre unlauteren Zwecke gebrauchen. Zur widerwärtigen Frage wird das Mitleid, das vorgepiegelt wird, um den gemeinen Zwecken niedriger Parteinteressen, um einer zweifelhaften, nichtswürdigen Agitation zu dienen.“

Was wird man schon ungefähr wissen, was im Sinne des Philosophen der „Arbeitgeber-Zeitung“ das Mitleid würdig ist und wer nicht. Wilhelm Voigt, der Schuhmacher aus Tilsit und „Hauptmann“ von Köpenick, ist dieses Mitleids zum Beispiel nicht würdig. Er mag, das gesteht ihm auch Synkeus zu, „in gewissem Grade Sympathie verdienen“, aber wenn die sozialdemokratische Presse ihn als einen Märtyrer, ein Opfer der Verhältnisse hinstellt, so ist das „Hehe, nichts als Hehe“, und „wenn irgendwo, so ist hier der Spruch von den Wölfen in Schafskleidern am Plage“. Und nicht anders ist es bestellt mit den Anklagen, die im Reichstag gegen die Kolonialverwaltung erhoben wurden, „wo ebenfalls die Umstürzler und ihre bürgerlichen Mitläufer sich in der Rolle moralischer Entrüstung und christlicher Nächstenliebe gestielten“. Aber ihnen hat's einer gezeigt, einer aus der verhassten Klasse der Kapitalisten: Herr Dernburg, der in den deutschen Reichstag „etwas wie eine antike Geldbestimmung“ brachte:

„Er zeigte, welchem Sumpfe diese sogenannte Nächstenliebe entsprungen ist, sie wurden entlarvt, die ohne Rücksicht auf des Reiches Wohlfahrt und Ansehen allen Klatsch zusammengetragen hatten und mit ihm vor der Öffentlichkeit hausieren wollten! So wiederholt sich die Erfahrung, die vor Jahrtausenden gemacht wurde und die sich inzwischen hundertfältig bestätigt hat, daß nämlich die fromme Maske die gefährlichste von allen ist! Vorsicht vor denen, die über der Zeiten Verberbnis jammern und des Himmels Zorn auf die Übeltäter herabfließen; das ist gemeinhin ein heuchlerisch Otterngesicht, das im trüben fischen und seine eigenen kleinen und niedrigen Vorteile heimbringen will.“

Es ist hier nicht der Ort, sich mit dem Umschauer der „Arbeitgeber-Zeitung“ über die Philosophie des Mitleids, über den Fall des Schuhmachers Voigt und über das Wesen der reichsdeutschen Kolonialpolitik auseinanderzusetzen. Uns genügt das Bemerkung, daß die Presse und die Partei, der er den Stempel der Heuchelei aufdrücken zu können meint, des Beifalls und des Dankes der Mehrheit des

Volkes gewiß ist, so daß sie auf die Anerkennung der Gewaltmenschen, als deren Anwalt sich Synkeus betrachtet, verzichten kann. Wichtiger für uns ist, was Synkeus im weiteren Verlauf seiner Mitleidsphilosophie sagt. Neben dem „Mitleid der Heuchler“, das angeblich bei dem Falle Voigt und bei den Kolonialdebatten zum Ausdruck gekommen ist, entwickelt er noch ein „Mitleid der Loren“, das zum Beispiel die jüngste Tagung der Gesellschaft für soziale Reform beherrscht hat. „Wie bewegtlich“, so höhnt Synkeus, „können diese gelehrten Herren das Glend der Menschen schildern. Wie eindringlich und fein sind ihre Schilderungen vom Dasein des Arbeiters! Die fanatisch einseitigen Schilderungen, bei denen scheinbar das Mitleid, in Wirklichkeit oft vielleicht gegen den Willen des Verfassers die sozialistische Agitation die Feder geführt hat!“

Auch hier fühlen wir uns nicht bewegt, die Partei der bürgerlichen Reformer gegen den Solzschreiber der Scharfmacherverbände zu ergreifen: dazu steht uns die Gesellschaft für soziale Reform nach ihrer Zusammensetzung, ihren Grundsätzen und ihren Leistungen zu fern; immerhin verdienen die vorstehenden Sätze einiges Interesse insofern, als sie die grundsätzliche Abneigung des Unternehmertums darzut gegenüber allem, was nicht bedingungslos sich den kapitalistischen Interessen fügt, ein Beweis, wie richtig die klassenbewußte Arbeiterschaft beraten ist, wenn sie sich nicht auf den Harmoniebusel einläßt, sondern Erfolge nur im Maße ihrer Macht, ihrer Selbständigkeit und Entschiedenheit erwartet.

Worauf es dem Mitleidsphilosophen der „Arbeitgeber-Zeitung“ ankommt, das verrät er zum Schluß seiner Ausführungen, indem er schreibt: „Die Gegenwart leidet an einer gewissen Manie des Mitleids. Eine Weichlichkeit und Reichherzigkeit hat sich der Menschheit bemächtigt, die zweifellos als Symptom einer psychischen Erkrankung, als ein hysterischer Zustand bezeichnet werden muß. Daher die feministischen, die antimilitaristischen, die übertrieben philanthropischen Strömungen unserer Zeit! Daher auch die Angst, zuzugreifen, selbst wenn der Feind sichtbarlich vor den Loren steht. . . . Mit vererblicher Blindheit ist geschlagen, wer nicht erkennt, daß der politische wie der wirtschaftliche Kampf, den die Partei des Proletariats führt, mehr und mehr an Schärfe gewinnt, und zwar einzig und allein darum, weil die Kraft fehlt, die Elemente des Aufbruchs, die immer vorhanden sind und sein werden, in festen Schranken zu halten.“

Das ist die Sprache der Gewaltmenschen, die auf Recht und Billigkeit, auf Gesetz und Ordnung pfeifen, wenn es gilt, das Vorrecht des Geldsacks auf unbefchränkte Ausbeutung der Volksmassen zu erhalten. Wie die Schwarzen Afrikas den mit Feuer und Schwert ausgerüsteten Söldlingen des europäischen Kapitals, so müssen die deutschen Arbeiter mehr- und willenlos den einheimischen Scharfmachern und ihren gewissenlosen Handlangern ausgeliefert werden. Wer gegen dieses Verfahren Gründe der Gerechtigkeit und Menschlichkeit geltend macht, der ist im gelindesten Falle ein „Lor“, im schlimmeren Falle ein „Heuchler“, und wenn es sich um Sozialdemokraten handelt: ein Feind des Vaterlandes, ein Attentäter auf Staat und Gesellschaft, zu dessen Abwehr das brutallste Mittel das beste Mittel ist. Das ist das Ergebnis der Mitleidsphilosophie, wie sie Synkeus, der berufene Ränder der Scharfmachermilch, entwickelt.

Nun, die klassenbewußte Arbeiterschaft rechnet nicht mit dem Mitleid — weder auf Seiten stiller Freunde, noch auf Seiten offener Feinde der Arbeiterbewegung. Sie verläßt sich auf ihre Organisation, in der ihre Macht liegt und durch die schließlich auch ihr Recht zur Geltung kommen wird. Und was diese Organisation der Arbeiter bedeutet, das wissen auch die Scharfmacher. In derselben Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“, in der Synkeus seine Theorie des Mitleids entwickelt, findet sich ein Artikel über die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichte Statistik der Streiks und Auspersungen im Jahre 1905. Dieser Artikel ist in weniger schwungvollem Tone gehalten, als die Abhandlung des Mitleids-Philosophen. Eine wohlthuende Erbitterung spricht aus dem Artikel, die Erbitterung von Leuten, die einsehen müssen, daß die Arbeiterbewegung unaufhaltsam fortschreitet und daß im selben, ja in höherem Maße, wie die Unternehmer zur Niederhaltung und Niederbützelung der Arbeiter rüsten, im Lager der Lohnproletarier die Opferwilligkeit, die Kampfeslust, die Begeisterung wächst.

„Die in der Statistik angeführten Zahlen“, so schreibt das Unternehmernblatt, „sprechen eine deutliche Sprache. Sie zeigen, welche Riesensummen diese meist leichtsinnig oder frivol heraufbeschworenen Streiks dem deutschen Arbeiter kosten, teils durch direktes Beifahren zu deren Durchführung, teils durch Lohnausfall. Viel menschliches und wirtschaftliches Glend verbitgt sich hinter ihnen.“ — Selbstverständlich ist hier nicht das Glend gemeint, aus dem heraus die Arbeiter gerade zu ihren Kämpfen um Besserstellung getrieben werden, denn ein solches Glend werden die Unternehmer nie zugeben, wie ja schon die Wendung von den „meist leichtsinnig oder frivol heraufbeschworenen Streiks“ kund tut. Sondern es ist das „Glend“ gemeint, das die Ausstände und die Gewerkschaftsbeiträge angeblich den Arbeitern gebracht haben. Nachdem die „Arbeitgeber-Zeitung“ dieses „Glend“ hinreichend gewürdigt hat, schreibt das Blatt:

„Von einer „ausgepowerten“ deutschen Arbeiterschaft, einer Lieblingsbezeichnung der sozialdemokratischen Presse, kann angefaßt der hier in Frage kommenden Riesensummen berechtigterweise wohl kaum mehr die Rede sein. Eine Arbeiterschaft, welche es sich leisten kann, ohne mit den Augen zu zucken, annähernd 40 Millionen Mark in einem einzigen

Jahre für größtenteils leichtsinnig inszenierte Lohnbewegungen wegzuworfen, verdient diese Bezeichnung sicher nicht. Wenn der Arbeiter mit dieser ungeheuren Steuer die mit ihr bewirkten Vorteile vergleicht, sollte man glauben, ihm müßte vernünftigerweise jede Lust vergehen, den Lockungen gewissenloser Agitatoren fernhin kritillos und blindlings durch dick und dünn zu folgen."

Es lohnt sich nicht, dem Blatt auf den Vorwurf der „leichtsinnigen Inszenierung“ von Ausständen, der „Gewissenlosigkeit“ der Agitatoren, der „Blinden“ Gefolgschaft der Arbeiter zu erwidern; es lohnt sich ebensowenig, sich mit dem Blatt auseinanderzusetzen über das Verhältnis der Opfer zu den Erfolgen der Organisation. Es genügt uns, an obigen Sätzen die Erbitterung zu kennzeichnen, die das Scharfmachertum über die Macht und die Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, über die Opferfreudigkeit und den Kampfesmut der Arbeiter empfindet. Es liegt darin die unfreiwillige Anerkennung alles dessen, was die Arbeiter geleistet haben, und die Angst und Furcht vor dem, was sie noch leisten werden. Sie mögen uns hassen, wenn sie uns nur fürchten! — mit diesem Worte des alten Römers treten auch wir vor unsere Feinde hin. Wir verzichten auf ihr Mitleid, wenn wir gewiß sind, daß sie mit unserer Macht, die in der Organisation liegt, zu rechnen haben.

Die Lage der Knopfarbeiter.

Zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern, die im Holzarbeiterverband organisiert sind, gehören sicher die Knopfmacher. Ihnen ist es sehr schwer gemacht, sich durch Aufgeben einer ungünstigen und Eintritt in eine bessere Arbeitsstelle einen höheren Verdienst zu verschaffen. Dazu ist die Branche zu klein. Nur in wenigen Orten befinden sich Knopfabriken, so daß die Knopfmacher eine geringe Auswahl unter den Arbeitsplätzen haben. Sie sind dadurch an den Ort und meist an eine bestimmte Fabrik gebunden. Den Unternehmern ist es schon dadurch leichter, sie nach Belieben auszubeuten und ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen allein vorzuschreiben.

Wenn auch andere Branchen unter dem Wechsel der guten und schlechten Geschäftskonjunktur zu leiden haben und zur Zeit der Krise mit Lohnabzügen rechnen müssen, so stellen sie sich doch immer noch günstiger wie die Knopfmacher, denn bei ihnen übt außerdem noch die augenblickliche Mode einen großen Einfluß auf den Geschäftsgang aus. So sehen wir, daß in Jahren allgemeiner guter Geschäftszeit die Knopfindustrie unter großer Stöckung zu leiden hatte, denn ihre Erzeugnisse waren unmodern. In einzelnen Orten, wie zum Beispiel in Berlin lag das ganze Gewerbe so daneben, daß die meisten Kollegen gezwungen waren, in anderen Berufen Unterkunft zu suchen. Eine solche Zeit der Depression brachte eine erhebliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit sich. Die besten Kollegen, die sich gegen Lohnabzüge wehrten, wurden dauernd gemäßigelt, die übrigen waren dadurch eingeschüchtert, ließen sich alles gefallen und richteten ihr Verhalten so ein, daß sie lange auf ihrer Arbeitsstelle verbleiben konnten. Durch die Kurzsichtigkeit der Unternehmer wurde die Situation sehr verschärft. Sie glaubten, wenn sie billiger lieferten, mehr Waren los zu werden, ohne zu bedenken, daß selbst beim niedrigsten Preis nicht mehr gekauft werden kann, wie gebraucht wird. Sie versuchten nicht, wie man es doch von verständigen Geschäftsleuten erwarten dürfte, neue moderne Arbeiten einzuführen, sondern nur recht billig zu liefern und zu diesem Zweck die Herstellungskosten zu vermindern. Dabei ging der Arbeitsverdienst immer mehr zurück.

Die Knopfarbeiter mehrerer Orte hatten in diesen Jahren noch unter großem Zug von Böhmen und Wien zu leiden. Dort ist die Industrie stärker vertreten und auch dort herrschte eine schlechte Geschäftskonjunktur. Die Kollegen reisten ab und kamen nach Deutschland. Sie dachten nun, die Arbeitsweise der Drechler sei überall gleich, und die Stockhorn- und Knopfdreherei sei in allen Städten prozentual ebenso stark vertreten wie in Wien und deshalb sei es leicht, in einer Stadt wie Berlin Arbeit zu bekommen. Berlin ist ja größer wie Wien und muß auch mehr Horn- und Knopfdrehereien und Knopfabriken haben wie Wien. Sie waren immer sehr enttäuscht, als sie nur wenige Betriebe vorfanden. Abgesehen von Schmölln sind eben Böhmen und Wien der Sitz der Knopfindustrie. Den österreichischen Kollegen geht es ebenfalls sehr schlecht, denn sie werden in ihrer Heimat niedrig entlohnt. Sie fanden sich deswegen in deutsche Verhältnisse leicht hinein und halfen durch ihr großes Angebot von Arbeitskräften die Lage der Branche noch mehr verschlechtern.

Wo nun der Lohn nach unseren Branchenbegriffen als auskömmlich gilt, da müssen die Kollegen noch mit häufigen Unterbrechungen der Arbeit rechnen. Wenn nämlich in einem Berufe die Produktionsweise eine unvernünftige und geradezu verrückte ist, so ist sie es in der deutschen Knopfindustrie. Die Knopfabrikanten sind meistens nicht aus der Branche hervorgegangen, sondern sind Kaufleute, die nichts von der Knopfmacherei verstehen. Sie stellen aber nicht tüchtige Leute als Werkführer ein, sondern Leute, die nichts verstehen. Als Werkführer werden oft die dümmsten Arbeiter eingesetzt, die sich auf ihre Arbeitskraft und Geschicklichkeit nicht verlassen können und durch Schmarozerei und Liebedienerei die Günst des Arbeitgebers zu erlangen suchen. Solche Leute werden als Betriebsleiter ausgerufen. Ihre Haupttätigkeit besteht im Antreiben der Arbeiter, Preisdrückereien und Anschwärzen der Arbeiter. Wenn sich die

Arbeiter recht unterwürfig zeigen, angestrengt arbeiten und vielleicht noch Arbeit mit nach Hause nehmen, dann werden sie dem Fabrikanten als gute Arbeiter geschildert. Die einem Werkführer zukommenden Funktionen werden von ihnen überhaupt nicht ausgeführt. Sie sind nur Aufpasser. Sie verstehen es nicht, die Arbeit so einzuteilen, daß alle Arbeitergruppen des Betriebes regelmäßig fortarbeiten können. Bald fehlt es an einer Stelle an Material, an der anderen an zugerichteten Arbeiten, und zu gleicher Zeit muß eine dritte Abteilung des Betriebs überstunden machen. Recht häufig treten Störungen im Betrieb ein, sogar in der besten Geschäftszeit. Eine Anzahl Arbeiter muß wieder einmal verläßt arbeiten oder aussetzen und dabei können nicht einmal alle Aufträge vom Geschäft erledigt werden. Diese planlose Wirtschaft würden sich Arbeiter anderer Berufe überhaupt nicht gefallen lassen. In Tischlereien würden die Arbeiter einfach auf Entschädigung klagen, wenn sie bei Akkordarbeit nicht weiterarbeiten können, und jeder Tischlermeister würde einen solchen Werkführer zum Teufel jagen. In der Knopfabrik sind diese Mißstände so stark, daß sich die Knopfmacher daran gewöhnt haben, sie gehören schon zum Beruf. Auch die Fabrikanten denken, es muß so sein, sie können sich eine ordentliche Produktionsweise nicht vorstellen. Natürlich wird dabei die Knopfabrikation unrentabel und, nur durch Niederhaltung der Arbeitslöhne gleichen die Unternehmer diesen Schaden aus. Daß mit veralteten Einrichtungen primitiven, oft selbstgemachten Werkzeugen gearbeitet werden muß, trägt auch mit dazu bei, den Fortschritt aufzuhalten. Die Knopfmacherei bildet sich zu einem Hungergewerbe aus, das seine Stütze in der Hausindustrie und Heimarbeit suchen muß. In der Knopfindustrie wäre es sehr wohl möglich, daß von intelligenten Unternehmern moderne Betriebe eingerichtet werden, mit den besten Einrichtungen versehen und unter guter Leitung, die jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen und ihren Arbeitern hohe Löhne zahlen könnten. Durch das von unfähigen Betriebsleitern verschuldete Aussetzen und Warten auf Arbeit wird der Verdienst der Knopfarbeiter erheblich vermindert.

Die schlechte Geschäftskonjunktur verhinderte die Knopfarbeiter bisher, gegen diese zahlreichen Mißstände anzukämpfen. Erst seit dem Vorjahre hat der Geschäftsgang einen Aufschwung genommen. Die Perlmutter-, Horn- und Steinnußknöpfe sind wieder modern geworden. Nun wäre die Zeit gekommen, die zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgenutzt werden kann. In mehreren Orten haben bereits Lohnbewegungen stattgefunden. Dort macht sich nun die Konkurrenz der rückständigen Orte bemerkbar, wo an eine Lohnbewegung nicht zu denken ist. Sie liefern Streifarbeit und auch Streifbrecher und hindern uns, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Eigentlich müßten ja die Kollegen der Orte Lohnbewegungen führen, wo die schlechten Verhältnisse bestehen. Aber das Gegenteil müssen wir wahrnehmen. Wo die Arbeitszeit am längsten und der Verdienst am niedrigsten ist, sind die Kollegen am zufriedensten, sie wollen von der Verbesserung ihrer Lage und vom Holzarbeiterverband nichts wissen. Das kann aber den übrigen Kollegen durchaus nicht gleichgültig sein. Sie hindern mit ihrem Stumpfsein das Vorwärtstommen der ganzen Branche.

Wenn man in anderen Branchen solche Leute ihren Weg gehen läßt und dort sein Heil versucht, wo etwas zu erreichen ist, so darf das in der Knopfabrik nicht ebenso gemacht werden. Denn die Geschäftskonjunktur kann vielleicht nur ganz kurze Zeit dauern. Wir wissen nicht, ob nächstes Jahr unsere Arbeiten noch modern sind. Es können beim Metallknopf, beim Hornknopf oder gar Knöpfe aus irgend einer Masse abgeholt sein. Unsere Betriebe verstehen es ja nicht, sich dem Wackeln und der Mode anzupassen. Dann ist unsere Konjunktur vorbei und die Verschlechterung unserer Lage nimmt einen weiteren Fortgang. Dagegen müssen wir uns wehren. Überall müssen unsere Kollegen angehalten werden, an der Verbesserung ihrer Lage mitzuarbeiten. Es darf nicht dem Zufall überlassen werden, wo etwas unternommen wird. Wir sind ja zu dem Zweck organisiert, um planmäßig und einheitlich bessere Zustände zu schaffen.

Nach Karl Marx muß ja die Befreiung der Arbeiter aus dem Joch des Kapitalismus das Werk der Arbeiter selbst sein. Aber die Knopfarbeiter verschiedener Orte werden ja nicht imstande sein, selbst einen Schritt vorwärts zu tun. Da muß der Verband von außen herkommen und die Leute so weit bringen, daß sie sich zum Kampfe für ihre Interessen aufraffen. Die Kollegen der anderen Berufe, die Zahlstellenverwaltungen und die Gewerkschaften müssen uns ihre Hand bieten. Nur wenn sie uns behilflich sind, können die Knopfmacher etwas unternehmen.

Es wird ja nicht an Versuchen gefehlt haben, die Knopfarbeiter aus ihrem Schlafe aufzurütteln, aber die Agitation hatte wenig Erfolg. Solange aber die Organisation in vielen Orten noch aktionsfähig wird, so lange kann an eine Verbesserung unserer Lage nicht gedacht werden. Da wir keine Zeit zu verlieren haben und eine Agitation meist nur bei gutem Geschäftsgang Erfolge bringt, so ist es die höchste Zeit, daß neue Mittel und Wege geschaffen werden, die uns vorwärts bringen. Vielleicht ist es möglich, daß eine Branchenkonferenz unter Hinzuziehung der interessierten Gewerkschaften, des Hauptvorstandes sowie einiger Vertreter aus Böhmen und Wien zur Verbesserung der Agitationsweise und Verständigung über die Lohnkämpfe und etwa zu stellende Forderungen viel beitragen kann. In den anderen Branchen, wo schließlich eine Konferenz noch nicht einmal so dringlich war, hat dieselbe sehr viel zur Hebung der Agitation gedient.

Bei den Knopfarbeitern fehlt es an einer einheitlichen, planmäßigen Agitation. In der Branche selbst sind wenig

agitorisch befähigte Leute. Ihnen muß eine bestimmte Richtschnur gegeben werden, nach der gearbeitet wird. Das kann nur durch die Aussprache und die Beschlüsse einer Konferenz geschehen. Auch über die Führung von Lohnkämpfen, die Forderungen, die gestellt werden, muß eine Verständigung erfolgen. Jetzt ist unsere Tätigkeit nur deshalb von wenig Erfolg begleitet, weil wir ins Blaue hinein arbeiten, ohne Anleitung, ohne gemeinsame Verständigung und ohne Ziel.

Unter den Berliner Kollegen ist schon seit einiger Zeit zur Abhaltung der Konferenz Stellung genommen worden. Die Branchenkommission hatte den Auftrag bekommen, bei den Knopfarbeiterzahlstellen anzufragen, wie die Kollegen darüber denken und was sie für Vorschläge zu machen haben. Es stellte sich bald heraus, daß man sich schriftlich recht schlecht verständigen konnte. Aber in allen Orten waren die Kollegen für eine Konferenz eingenommen, auch unsere böhmischen und Wiener Kollegen versprechen sich viel davon. Es wird deshalb notwendig, daß in der „Holzarbeiter-Zeitung“ die Verhältnisse in der Knopfabrik geschildert, die Notwendigkeit ihrer Verbesserung klargemacht und die Verbandsleitung und die Kollegen zur Vornahme der geeigneten Schritte interessiert werden.

Gleichzeitig mit der Umfrage erkundigt sich die Berliner Branchenleitung nach den Zuständen der Knopfindustrie in den einzelnen Orten. Aus den Mitteilungen, die in Berlin auch zur Lohnbewegung verwendet wurden, sind einige Angaben in einer Tabelle zusammengestellt, die nach mehrfachen Aufforderungen mehrerer Orte den Kollegen zur Kenntnis unterbreitet werden.

Zahlstellen	Beschäftigt		Organisiert		Arbeitszeit Stunden	Verdienst		Betrete Lohnbewegung	Resultat
	männl.	weibl.	männl.	weibl.		brutto	netto		
Breslau . . .	86	39	75	80	57	20,—	24,—	1906	10-20% ¹
Frankenhausen	427	64	295	10	54-78	15,—	27,—	1905	8-15% ¹
Neu-Isenburg	7	—	8	—	59	20,—	24,—	keine	—
Garbelegen . .	100	—	1	—	66	15,—	21,—	keine	—
Straußberg . .	15	—	14	—	54	28,—	33,—	1906	10% ²
Hannover . . .	61	24	57	16	60	23,65	33,—	1906	4-6% ¹
Ansbach . . .	22	17	1	—	61 1/2	16,—	23,50	keine	—
Kelbra	80	—	50	—	60	16,—	25,—	1900	—
Hamburg . . .	32	—	19	—	60	25,—	28,—	1888	Zechnstündentag
Bergedorf . . .	8	—	5	—	57	27,—	30,—	1892	—
Schmölln . . .	836	410	421	85	58	16,—	?	1906	10% ³
Berlin	312	—	244	—	50 1/2	28,50	33,—	1906	10% ¹
Aborf i. Vogtl.	141	—	1	—	64	18,—	24,—	keine	—
Schönlitz . . .	188	90	87	8	54-66	18,50	24,—	1902	—
Schornborf . .	80	20	12	—	60	15,90	21,—	keine	—
Gartha	70	—	59	—	57	20,—	28,—	1906	—
Eberfeld . . .	120	—	25	—	58 1/2	22,—	27,—	1892	—
Marienberg . .	80	—	?	—	64	12,50	18,—	keine	—
Bernau	7	—	?	—	60	18,—	21,—	1904	—

¹ Lohnerhöhung. ² Lohnerhöhung und 5 Stunden Verkürzung. ³ Lohnserhöhung und 1 Stunde längere Arbeitszeit.

Soziales.

Der Reichstag ist aufgelöst!

Als der Telegraph in den Abendstunden des 13. Dezember diese Nachricht verbreitete, wirkte sie allenthalben als eine Überraschung. Man hat sich seit Jahren in Deutschland schon so daran gewöhnt, das Zentrum als regierende Partei zu betrachten, das heißt als diejenige Partei, die nach einer Scheinopposition stets den Willen der Regierung tut, allerdings gegen entsprechende Gegenleistungen, daß man auf einen ernsthaften Konflikt anlässlich des Falles, der die Bombe zum Platzen brachte, nirgends gefaßt war.

Es ist noch in aller Erinnerung, wie sich der Zentrumsgewählte Abgeordnete Erzberger in den letzten Monaten in der Rolle des Enthüllers der Korruption aufspielte, die im Kolonialamt herrscht. Seiner Partei bereitete dieser redelustige Herr eine gewisse Verlegenheit. Gegenüber den Wählern, bei welchen die Regierungsrückständigkeit und der Bewilligungseifer des Zentrums in steigendem Maße Mißstimmung erregte, konnte man sich allenfalls mit dem schneidigen Auftreten des Herrn Erzberger brüsten und darauf hinweisen, daß das Zentrum immer noch Oppositionspartei sei und rücksichtslos gegen die Korruption vorgehe. Aber mit der Beruhigung der Wähler, die man freilich notwendig braucht, um im Reichstag eine Rolle zu spielen, ist es den ultramontanen Drahtzieheren nicht getan; sie wollen herrschen und dazu müssen sie mit der Regierung auf gutem Fuße stehen. Bei der Wiedereröffnung des Reichstags befand sich demnach das Zentrum, das auf allen Schultern Wasser zu tragen gewöhnt ist, in einer ziemlich heißen Situation; man konnte jedoch erwarten, daß es den Füchsen gelingen würde, sich nach dem Rezept ihres verstorbenen Führers Windthorst „mit Gottes Hilfe durchzuliegen“.

Mit seinem Enthüllungsfeldzug hatte der vielgenannte Benjamin des Reichstags insofern Recht, als er sich in Verlaß auf dieselben von einem sündigen Untersuchungsrichter über den Büffel barbieren ließ. Zudem ließ Herr Erzberger vom Untersuchungsrichter vernehmen ließ und diesem die Tore des Reichstags öffnete, um die Akten eines Abgeordneten zu beschlagnahmen, hat er sich unsterblich lächerlich gemacht und dabei der Würde und dem Ansehen des Reichstags einen schweren Stoß erteilt. Bei seinen Enthüllungen hatte Herr Erzberger die zwar profittliche, aber im öffentlichen Leben nicht gerade als besonders ehrbar geltende Methode befolgt,

sein Wissen nur stückweise an den Mann zu bringen und dabei sehr deutlich durchblicken lassen, daß er die Hauptstücke seiner Materialsammlung erst im Reichstag zum besten geben würde. Auf die Beratung der Nachtragsetats für die Schutzgebiete, die am 28. November auf der Tagesordnung stand, konnte man daher recht gespannt sein. In Sensationen war diese Debatte, die sich bis zum 4. Dezember hinzog, in Wirklichkeit recht reich, aber die Überraschungen kamen von ganz anderer Seite, als man erwartet hatte.

Der neue Kolonialdirektor Dernburg machte in seiner Jungfernrede unter anderem die Mitteilung, daß er die Verträge mit den Firmen Lippelskirch und Wörmann, die vom Reich Millionen an unweitem Profit bezogen hatten, gelöst habe. Ein besonderes Verdienst ist das allerdings nicht, denn nach den Enthüllungen über den skandalösen Inhalt dieser Verträge konnten diese nicht länger aufrecht erhalten bleiben. Der erste Redner aus dem Hause war der Zentrumsabgeordnete Schäbler, der eine richtige Zentrumsrede hielt, nicht Fleisch noch Fisch. Seine wichtigste Mitteilung war, daß das Zentrum Herrn Erzberger abschüttelt, sich nicht mit ihm identifiziert. Und dieser selbst — enttäuscht. Er hielt zwar eine lange Rede, aber das „gründliche Auspacken“, das er seit Monaten angekündigt hatte, unterließ. Herr Erzberger weiß, wie die Regierung Kolonialskandale untersucht, er selbst erhob gegen den Reichskanzler die Anklage, daß er die ihm übermittelten Anzeigen eines Kolonialbeamten nicht nur unbeachtet gelassen, sondern sogar den Versuch gemacht habe, diesen Beamten für irrsinnig erklären zu lassen. Aber trotzdem bringt er der Regierung Vertrauen entgegen und übergibt ihr sein Material, statt es von der Tribüne des Reichstags dem Volke zu unterbreiten.

Waren bis dahin die Verhandlungen in verhältnismäßig ruhigen Bahnen geblieben, so war der 1. Dezember für die Regierung ein kritischer Tag erster Ordnung. Was das Zentrum in feiger Weise vertuschen wollte, wurde in packender Weise von Webel ans Licht gezogen. Er enthüllte das System der Unterdrückung, der Vergewaltigung und Ausraubung, das man bei uns Kolonialpolitik nennt. Durch die Freunde jenes Scheufels Peters provoziert, der den deutschen Namen auf das niederträchtigste geschändet hat, entlarvte er die Mittel, welche jene Herren, insbesondere die Abgeordneten Arendt und Kardorff angewendet haben, um diese Wesle zu rehabilitieren. Auf die gewaltige Anklagerede Webels folgte der freisinnige Umlauf, der an der Hand bestimmter Fälle den blühenden Beweis lieferte, daß der Reichskanzler selbst in der Kolonialkorruption verwickelt ist. Statt die ihm von Beamten pflichtgemäß gemachten Anzeigen zu verfolgen, hat er diese ignoriert und sogar gegen den Ankläger ein Strafverfahren eingeleitet.

An diesem Tage brach das Strafgericht über die deutsche Kolonialpolitik und ihre verantwortlichen Leiter herein. Da kam im rechten Augenblick das Zentrum, um der Regierung aus der Patzche zu helfen, obwohl dieser Erfolg schwerlich beabsichtigt war. Das gewaltige Anklagematerial, das Webel vorgetragen hatte und das durch Umlauf ergänzt wurde, nötigte auch das Zentrum auf den Plan. Herr Roeren, einer der angesehensten Führer des Zentrums, küstete ein klein wenig den Deckel von dem Stinktopf der Kolonialskandale, und ein mephistischer Gestalt erfüllte das hohe Haus. Solche Grauel, wie sie Herr Roeren enthüllte, hatte man nicht für möglich gehalten. Und die Regierung? Die Tatsachen bestreiten konnte sie nicht, aber Herr Dernburg stellte fest, daß Herr Roeren das von ihm vorgetragene Material schon seit Jahren im Besitz hat, ohne es der Öffentlichkeit übergeben zu haben, und daß er sich somit zum Gehler und Mitschuldigen an den Skandalen gemacht hat. Im Beschuß des weiteren Duells Roeren-Dernburg kam gut, daß beide Teile gehörig Dreck am Stecken haben. Das Zentrum hat auf dem Kolonialamt eine Nebenregierung eingerichtet; zum Dank für die verlangte Beförderung von Beamten, die es patronisierte, hat es auf die Ausdeckung ihm bekannter Schandthaten verzichtet. Es nißt dem Zentrum nichts, daß es Herrn Roeren zwang, be- und wehmühtig Abbitte zu leisten, daß er erklären mußte, nur für seine Person gesprochen zu haben; die Kolonialschmach ruht auf dem Zentrum nicht minder als auf der Regierung.

Der Janz zwischen den beiden eblen Kumpapan hat schließlich zur Reichstagsauflösung geführt. Die Stärke der Schutztruppe in Südwestafrika soll herabgesetzt werden, und zwar will die Regierung zunächst 4000 Mann heimsenden und etwa 8000 Mann dort behalten. Das Zentrum hat jedoch, um sich für die erlittene Wamirage zu rächen und seine Macht zu zeigen, in der Budgetkommission beantragt, daß die Schutztruppe bis zum 31. März 1907 auf 2500 Mann herabgesetzt sein soll. Als Retter in der Not wollten sich die Freisinnigen aufstun, indem sie den auch von der Regierung akzeptierten Vermittlungsantrag stellten, daß bis Ende März Vorbereitungen zu einer weiteren Verminderung der Stärke der Schutztruppe getroffen werden sollen. Diese brave Opposition will es vertrauensvoll der Regierung und dem großen Generalstab überlassen, ob und in welchem Maße Truppen zurückgezogen werden. Selbstverständlich lehnt die Sozialdemokratie überhaupt alle Kosten für diesen Kolonialkrieg ab, der auf die grausamste Weise geführt, nur den Zweck hat, die Eingeborenen zu berauben und einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen riesenprofite in die Taschen zu jagen. Dem deutschen Volke kostet diese Kolonialpolitik ungeheure Summen, und dabei wird Deutschland durch die Art, wie diese Politik betrieben wird, der Verachtung aller anständigen Menschen preisgegeben.

Bei Beginn der Reichstagsführung am 18. Dezember, auf deren Tagesordnung die zweite Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika stand, dachte man nütgens daran, daß es aus dieser Frage zum Konflikt kommen würde. Das

Zentrum hatte sich ja noch immer so läblich der Regierung unterworfen, warum sollte es jetzt eine Ausnahme machen? Die Prügel, die es in der Kolonialdebatte erhalten, hatten aber wider Erwarten die erfreuliche Wirkung, daß es diesmal standhielt. Als der freisinnige Antrag mit 175 gegen 171 und die Regierungsvorlage mit 177 gegen 168 Stimmen abgelehnt war, erhob sich der Reichskanzler und erklärte den Reichstag für aufgelöst.

Die Herbeiführung einer Entscheidung in der Kolonialfrage erschien der Reichstagsmehrheit so dringend, daß sie auf die weitere Beratung der Fleischnotinterpellation, die am 11. und 12. Dezember auf der Tagesordnung stand, verzichtete. Dadurch wurde auch dem sozialdemokratischen Redner das Wort abgeschnitten. Begründet war die von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation durch den Abgeordneten Scheidemann worden, und die Regierung hatte darauf antworten lassen, daß in der Hauptsache alles beim alten bleiben soll. Einige kleine, unbedeutende Maßregeln, die den Anschein erwecken sollen, daß etwas gegen die Not geschieht, will die Regierung ergreifen, aber an eine wirkliche Bekämpfung der Teuerung denkt man nicht. Darin ist die Regierung mit den Zollwucherpartei, mit den Konservativen, den Nationalliberalen und vor allem mit dem Zentrum einig. In dem bevorstehenden Wahlkampf wird nun aber auch das deutsche Volk Gelegenheit haben, seiner Ansicht über die Ausbungerungspolitik Ausdruck zu geben.

Mit der Auflösung des Reichstages sind alle Arbeiten des Parlaments, die noch nicht beendet sind, vernichtet. Neben vielen anderen Vorlagen verschwindet unter anderem vorläufig die Krankentassennovelle und vor allen Dingen ist das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zunächst von der Tagesordnung abgesetzt. Alle diese Gesetzentwürfe müssen in den neuen Reichstag von neuem eingebracht werden, wenn sie einer weiteren Beratung unterzogen werden sollen. Bei der Wahl, die voraussichtlich anfangs Februar nächsten Jahres stattfindet, wird das deutsche Volk nicht nur sein Urteil abgeben über die Kolonialpolitik und die Kolonialbestialitäten, es wird auch zu entscheiden haben, ob es mit der Politik der Verteuerung der Lebensmittel und mit der Entrechtung der Arbeiterschaft durch Gesetze, wie die Krankentassennovelle und das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, einverstanden ist. Ob der Inspirator des deutschen Zickackturfes wohl beraten war, als er gerade im gegenwärtigen Augenblick zur Reichstagsauflösung schritt, wollen wir nicht untersuchen. Für die Arbeiterschaft läßt sich ein besserer Zeitpunkt für die Reichstagswahl kaum denken. Unsere Surrapatrioten werden jetzt wieder mit den Mitteln zu arbeiten versuchen, die ihnen bei den Angstwahlen des Jahres 1887 so vortreffliche Dienste geleistet haben, aber die Zeit, wo diese Argumente versingen, ist jetzt endgültig vorüber. Die Wirkung der Politik, welche die seitherige Reichstagsmehrheit verfolgte, spürt die Masse des Volkes nur zu sehr an eigener Leibe, über sie sollen nun die Wähler ihr Urteil fällen.

Der Reichstag ist aufgelöst, nun hat das Volk das Wort!

Sänglingssterblichkeit in Deutschland. Unsere Reichsbehörden erklären jetzt, ganz „energische“ Maßnahmen ergreifen zu wollen, um der hohen Sterblichkeit unter den Säuglingen zu begegnen. Es starben nach der Statistik von 2 Millionen Kindern in Deutschland im ersten Lebensjahr wieder 470 000, so daß Deutschland also 23,6 Prozent seiner Neugeborenen im ersten Lebensjahr wieder verliert! Heuchlerisch fragt man sich nun, welche Ursache diese so hohe Sterblichkeit habe? Sind es Mamenütter, die ihre Kinder zugrunde gehen lassen, um eine Last los zu sein? Nein! Die Mehrzahl der Todesurkunden sind wohl Profetarbeiter, die aber gewöhnlich von Not und Hunger ihrer Eltern, oftmals hilflos, überleben als die Kinder verdrängen.

Die Ursachen liegen meistens in der schlechten Ernährung der Wöchnerinnen und harter Arbeit der Schwangeren! Unter Not und Entbehrung wird das Kind von der schlecht genährten Mutter geboren, die sehr oft bis zur Stunde ihrer Niederkunft ihr Brot verdienen mußte, während die Frau der Reichen monatlang sich schonen konnte, wenn man überhaupt bei dieser Klasse von Menschen von Arbeit reden kann. Die Ernährung ist da auch gut, alles in Gülle und Gülle, da wird Milch auf das zu erwartende Kind genommen! „Muttermilch“, rufen die Kinderärzte, „ist die beste Medizin!“ Die Wöchnerin in der Hütte hungert, arbeitet zu früh und sucht ihr Kindlein mit schlechter, verwässerter Kuhmilch zu erhalten, die unsere agrarische Regierung auch noch verteuert! Die Frau des Reichen hält sich eine Amme, die für fargen Lohn ihre Brust dem fremden Kinde reich, damit dieses später besser das Volk unterdrücken kann, während das Kind der armen Amme zur Engelmacherin in „Pflege“ kommt, bei schlechter Nahrung zugrunde gehen muß!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Weinheim wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1907 einen Lokaltbeitrag 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Der im Januar geplante außerordentliche Gewerkschaftskongress findet infolge der Auflösung des Reichstags nicht statt, weshalb auch die von uns bereits angeordnete Wahl von Delegierten sich erübrigt. Sobald der Gesetzentwurf betreffend die Berufsvereine dem neuen Reichstag wieder vorgelegt und die Abhaltung des Kongresses doch noch erforderlich wird, wird entsprechende neue Bekanntmachung erfolgen.

Die Mitglieder in allen Zahlstellen machen wir auf den bevorstehenden Jahresfluß aufmerksam und ersuchen um rechtzeitige Zahlung der Beiträge, damit die Abrechnung für das vierte Quartal keine Verzögerung erleidet.

Wegen Vergehens gegen die Interessen des Verbandes wurden aus dem Verband ausgeschlossen auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Tischler Karl Thiesen und der Einseher Ernst Schulze; von Cöln der Korfschneider Johann Fuft; von Cöpenick der Tischler Richard Christophel; von Danzig der Tischler Hermann Dietrichkeit; von Langenberg der Tischler Emil Müller; von Lauterberg der Stuhlmacher Fritz Morick; von Lübeck der Tischler Wilhelm Moll; von Nürnberg der Tischler Georg Schoor; von Rabenau der Stuhlbauer Richard Fide; von Saalfeld der Kistenmacher Max Rückner; von Schwerin der Maschinenarbeiter Adolf Rehm und der Klaviermacher Julius Zell; von Treuenbrieken der Tischler Karl Heinrich und von Zerbst der Tischler Gottfried Moldner.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 29588 Wilh. Mackenroth, Korbm., geb. 15. 12. 83 zu Hannover.
- 23238 Felix Dreves, Tischler, geb. 4. 2. 88 zu Brackel.
- 251218 Alb. Waldner, Tischler, geb. 8. 9. 86 zu Neudorfhausen.
- 258129 Fr. Kurt Taube, Tischler, geb. 29. 1. 88 zu Glauchau.
- 282656 Alex Plöke, Pantinenmacher, geb. 26. 10. 81 zu Hannover.
- 291050 Ager Jausmann, Tischler, geb. 28. 9. 87 zu Cöln.
- 342307 Wilhelm Müller, Tischler, geb. 25. 4. 83 zu Wafel.
- 348499 Theodor Leopold, Hilfsarbeiter, geb. 25. 1. 75 zu Schönerlinde.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Agitation im Gau Stettin.

Nun habe ich doch noch daran müssen, obgleich ich wegen der Geschäftsfrage in meinem Gau nicht hatte wollen. Dafür kam ich aber auch in den heimlichen Bezirk Pommern und Mecklenburg. Was das Wort Heimat im Munde eines alten Verbandsfunden und durch die Umstände Empatrierten besagen will, das werden alle die Kollegen empfinden, die unter dem Druck der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse oder wegen der Bekämpfung ihrer Pflicht als Mensch und Arbeiter den Zauber der Heimat entbehren müssen — und das ist ja die größere Zahl.

Da freut's einen doppelt und schafft noch bessere Begeisterung, wenn man sieht, daß auch auf dem Boden, dem man entstammt, die Saat der Menschenbefreiung in gleichem Grade, wie überall in die Halme geschossen ist. Ein einziges, großes wogendes Ahnenmeer, wie es die Felder dieser Heimat in Natur bieten, stellt die Arbeiterbewegung dar, und der Ernte reist es entgegen, befruchtet von dem Segen der unermüdblichen Agitationsarbeit im kleinen und im großen. Freilich auch „Brandflecke“ gibt es im Acker, hier noch wie überall, auf die der Pflug noch besonders eingeseht werden muß und die der nachhaltigsten Aufsicht und Pflege bedürfen, aber Odland habe ich nicht mehr getroffen.

Was soll ich bezweigen die auf meiner Tour genommenen Einbrücke und Wahrnehmungen ins kleinste und einselste schildern; auf absolute Genauigkeit und die speziellen Verhältnisse an jedem Orte berückichtigend könnte ich damit doch keinen Anspruch erheben. Dazu sind ja die „Entspeckers“ und sonstigen „Klutenzebbers“ von uns gesetzt, die auch in ebenso berufenem wie zulänglichem Maße für jeden das Geschäft besorgen, der nur von ihnen lernen will. Ich habe Veranstaltung genommen, nach vierjähriger Frist meine Landsleute auf Herz und Nieren zu prüfen, ihnen ihre Fehler nicht zu beschönigen und ihre Vorzüge nicht als Verdienst anzurechnen. Grund zur Zufriedenheit über die von ihnen erzielten Agitations- und wirtschaftlichen Erfolge vermag ich nicht zu äußern, trotz des Einflusses, den das Wiedersehen und Wiederfinden lieber alter Menschen ausüben könnte, aber trotzdem freue ich mich über dich, mein Heimatland!

Korrespondenzen.

Bernau. Wie leicht Ertrungenschaften in kleinen Betrieben wieder verloren gehen können, zeigt folgender Fall: In der Tischlerei von R. Nabe war es durch das energische und etnige Vorgehen der Kollegen gelungen, in den zwei letzten Jahren den Lohn von 20 auf 25 Mt. zu erhöhen, des weiteren die Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden zu reduzieren. Dieses gab Veranlassung, daß der Betrieb vielfach überlaufen wurde. Am schlimmsten trieb es aber ein Tischler (Franz Hefenbrock), welcher früher schon dreimal dort gearbeitet hatte. Selbiger fragte bei Nabe an, da er schon 14 Tage außer Arbeit war, ob er ihn einstellen möchte, bloß daß er Arbeit habe, die Bedingungen wären gleich. Dieses benutzte der Arbeitgeber, indem er uns die Karte zeigte, und erklärte, jetzt im Winter nicht so viel bezahlen zu können, da er jetzt billigere Arbeitskräfte genügend bekäme. Die beiden dort beschäftigten Kollegen zogen es daher vor, lieber aufzuhören, als für einen Spottlohn zu arbeiten. Die Kollegen allerorts möchten wir bitten, ehe sie schriftlich um Arbeit anfragen, erst bei der Lokaltverwaltung Gründigungen einzuziehen, um nicht indirekt als Lohnrücker zu fungieren, dann werden auch die Verhältnissen in den kleinen Betrieben besser werden. Die Tischlerei von Nabe aber möchten die Kollegen bis auf weiteres meiden, damit auch er im Sommer wie Winter die gleichen Löhne bezahlen leant.

Göttingen. Bereits unsere letzte, am 9. Dezember abgehaltene Mitgliederversammlung, beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Kollege Wedemeyer, der das Referat übernommen hatte, beleuchtete den Entwurf in einstündiger Rede, und legte der Versammlung klar, wie, wenn die Vorlage Gesetz würde, den Gewerkschaften die winzigen Vorteile des Koalitionsrechtes illusorisch gemacht würden, und daß der Entwurf sich lediglich gegen die gewerkschaftlichen Organisationen richtete. Aufgabe der organisierten Arbeiter müsse es sein, gegen den neuesten „Arbeiterschuh“ der Regierung energisch zu protestieren. Auch an dieser Stelle möchten wir die Mitglieder unserer Zahlstelle darauf aufmerksam machen, daß am 28. Dezember von morgens 10 Uhr ab bis nachmittags 2 Uhr im Verkehrslokale Neustadt Nr. 29 die Wahl

des Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress stattfindet. Vollzähliges und rechtzeitiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Gollnow. Im letzten Frühjahr gelang es uns, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und den Kost- und Logiszwang zu beseitigen; nur in zwei Werkstätten, bei Koblinki und Ziemann, wurde der alte Zustand aufrecht erhalten. Der letzgenannte hatte zwar die Bewilligung ausgesprochen, er hat aber nicht Wort gehalten. Kürzlich ließ er sich vom Verbandsarbeitsnachweis in Stettin zwei Gesellen schicken, er stellte aber den einen nicht ein, weil er befürchten mochte, daß er sich nicht in die Hausordnung schicken würde. Dazu gehörte nämlich das Einholen von Waren beim Kaufmann, Wasserholen für die Frau Meisterin und ähnliches. Mit dem jüngeren Gesellen, den Herr Ziemann einstellte, machte er aber auch schlechte Erfahrungen, denn er weigerte sich mit Recht, nach Feterabend die Werkstelle aufzuräumen, Holz an die Maschine zu fahren und andere Arbeiten zu verrichten, die ihm nicht zukommen. Der Kollege wurde deshalb entlassen; als er aber seinen Lohn für vier Tage verlangte, erklärte der Meister, daß er erst 14 Tage arbeiten müsse. Dem Vertreter der Lokalverwaltung, der dieswegen vorstellig wurde, verbot Herr Ziemann sein Haus. Es ist nunmehr Klage gegen ihn erhoben und wird er wohl zahlen müssen. Der Meister Koblinki gehört der Methodisten-gemeinde an und ist ein sehr frommer und gottesfürchtiger Mann, der mit dem Verband nichts zu tun haben will. Er geht fleißig in die Kirche und sieht es gern, wenn seine Gesellen und Lehrlinge jeden Sonntag hineingehen, er hält aber auch darauf, daß fleißig gearbeitet wird und zwar währt die Arbeitszeit nicht selten bis 12 Uhr nachts. Auch die Lehrlinge werden zu einer unverhältnismäßig langen Arbeitszeit angehalten, dabei läßt Kost und Logis manches zu wünschen übrig. — An die Kollegen richten wir die Mahnung, pünktlich und regelmäßig die Versammlungen zu besuchen. Ihr macht euch Hoffnung, mittels einer Lohnbewegung eure Lage zu verbessern; solange aber die Gleichgültigkeit anhält, werden wir nichts erreichen können. Am 22. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Deines eine Versammlung statt, zu welcher alle Mitglieder erscheinen sollten. An die zureisenden Kollegen richten wir die Bitte, das Umschauen zu unterlassen und vor der Arbeitsannahme sich bei der Lokalverwaltung zu erkundigen.

Susum. In der hiesigen Möbelfabrik Köhn, Aktien-gesellschaft, haben sich in jüngerer Zeit solche schwere Mißstände eingebürgert, daß die Kollegen sich gezwungen sahen, energisch auf Abhilfe zu drängen. Die Herbeischaffung des Materials an den Arbeitsplatz, das Fortschaffen der fertigen Stücke, um weiterarbeiten zu können, die Beseitigung des überflüssigen Wassers im Schleifstein und Leimkessel, die Reinigung und Dichtung der Fenster, Ventilation, Brauchbarmachung des Klosetts, Beleuchtung, Beschaffung von brauchbarem Werkzeug ohne Abzug für zerbrochene Stücke, bessere Behandlung seitens der Werkführer usw. bildeten die nur zu begründeten Beschwerden der Kollegen, um deren Beseitigung sich der neugewählte Arbeiterausschuß bemühen sollte. Herr Köhn aber fand es für gut, den Ausschuss gar nicht anzuhören, da derselbe nach seiner Meinung nicht aus vier, sondern aus drei Personen bestehen müsse. Darauf trat unser Gauvorsitzer durch ein höflich abgefaßtes Schreiben an Herrn Köhn heran, aber letzterer ließ auch dieses unbeantwortet. Man muß hierbei berücksichtigen, daß Köhn selbst Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist. Was braucht er denn die Organisation der Arbeiter anzuerkennen, das paßt sich für einen echten Scharfmacher wahrhaftig gar nicht! Dafür aber wurde das mißliebige Ausschussmitglied gemahnt und nun konnte Herr Köhn wieder den Wiedermann herauskehren. Er setzte sich mit dem so „geäuberten“ Ausschuss in Verbindung, aber herausgekommen ist dabei nicht viel. Die meisten Beschwerden der Kollegen ließ er vollständig unberücksichtigt. Dabei erklärte er aber stolz wie ein Spanier, daß solche Schreiben, wie das unseres Gauvorsitzers, bei ihm stets in den Papierkorb wanderten. Es kann ja aber auch mal anders kommen. Jedenfalls hat er den Beweis erbracht, daß seine Fabrik kein Anziehungspunkt für tüchtige Kollegen sein kann und wir teilen ganz die Meinung des Herrn Rahardt, daß keinerlei Ursache besteht, diesem Herrn Arbeitskräfte zu vermitteln. Das auch schon aus dem Grunde, weil der Verdienst nicht 34 bis 36 Mk., sondern 18 bis 21 Mark bei 60stündiger Arbeitszeit beträgt. Diese ganzen Verhältnisse sind wenig geeignet, die Zufriedenheit unserer Kollegen zu erregen, vielmehr ist die Ansicht allgemein, daß es so nicht weiter gehen kann. Besonders diejenigen Kollegen, welche Lust verspüren, die Susumer Möbelfabrik mit einem Besuche zu beehren, mögen sich die Möglichkeit einer argen Enttäuschung stets vor Augen halten.

Leipzig. (Drechsler.) In einer gut besuchten Versammlung nahmen die Drechsler Leipzigs am 8. Dezember nach einem Vortrag des Kollegen Lange über „Christoph Weiß, Drechsler und Poet zu Nürnberg“, nochmals Stellung zu einer Drechslerkonferenz. Hierzu verbreitete sich Kollege Brandes referierend über die nach dem Aufruf der Leipziger Sektion erschienenen Eingefandten aus den einzelnen Orten. In der sich hier anschließenden äußerst lebhaft geführten Debatte wurde namentlich Bezug genommen auf die verschiedenen gegen die Abhaltung einer Konferenz gerichteten Bedenken. Daß einer prinzipiellen Gegnerschaft könne wohl nicht gut die Rede sein, wenn man auch den Stimmen recht geben müsse, die einer Konferenz nur einen bedingten Wert zusprechen. Derselben aber den richtigen Wert zu geben, liege eventuell nur an den berufenen Vertretern der Drechsler Deutschlands. Die Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte zum Beispiel sich nicht auf die Berichterstattung aus den einzelnen Orten erstrecken, es müßten vielmehr durch vorherige Umfrage mittels spezieller Fragebogen statistische Unterlagen geschaffen werden, um an der Hand derselben die einzelnen Ortsberichte im wesentlichen einzuschränken, die erfahrungsgemäß viel Zeit beanspruchen und nicht den Wert befähigen, als wenn ein beauftragter Kollege die statistischen Ergebnisse referierend wiedergibt. Die Notwendigkeit einer Konferenz wurde von allen Mitgliedern hervorgehoben, nicht um der Konferenz willen, sondern um in der Bekämpfung der vielfachen Mißstände einheitlich vorzugehen zu können. In den größeren Städten habe man genügend Agitationsmittel, da benötige man einer Konferenz weniger; aber in die zahlreichen Drechslerbezirke müsse die

fehlende Aufklärung getragen werden. Das beweise namentlich der große Gummiarbeiterstreik in Leipzig, bei dem alle arbeitswilligen Elemente aus den Gegenden kamen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse die denkbar traurigsten sind. So sei auch die Einberufung einer Konferenz nicht, wie mehrfach behauptet worden ist, verfrüht, sie sei vielmehr schon verspätet. Viel früher schon hätten die Drechsler Deutschlands so, wie es jetzt geschieht, vorgehen müssen; es wäre nur ihr Nutzen und Vorteil gewesen. Die Abhaltung von Gaulkonferenzen, wie solche die Kollegen Hannovers wünschen, sei nicht diskutabel, da ja dann das Einheitliche in der Agitation usw. wieder fraglich sei. — Diese Debatte mußte der vorgedachten Zeit halber unterbrochen werden. In einer Resolution wurde dann die Sektionsleitung beauftragt, beim Hauptvorstand den formellen Antrag auf Einberufung einer Konferenz einzureichen.

Mosbach. Die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes hat auf die Gestaltung des dortigen Arbeitsverhältnisses bereits sehr günstig eingewirkt. Dieses scheint aber unseren Kollegen nicht voll zum Bewußtsein zu kommen, sonst würden sie sich jedenfalls etwas reger um ihre Organisation kümmern. Ihr Holzarbeiter Mosbachs, es gibt bei euch noch recht viel segensbringende Organisationsarbeit zu verrichten, die nicht durch Beitragszahlen allein erreicht wird. Ein jeder Kollege kann zur interessanten Gestaltung der Versammlung mit beitragen und ein jeder kann in der Versammlung etwas lernen. Also, ihr Mosbacher Kollegen, die Versammlungen besuchen, seinen Mann gestellt, die Verwaltung mit unterstützt, dann geht es auch vorwärts, besonders wenn sich die älteren Kollegen anschließen. Den nach Mosbach zureisenden Kollegen diene zur Kenntnisnahme, daß die Reiseunterstützung abends von 6 bis 7 Uhr ausbezahlt wird. Es ist streng verboten, dem Unterstützungsauszahler ins Geschäft zu laufen.

Rehnsen in Sachsen. In einer kleineren Werkstätte in einem Orte unserer Nachbarschaft war es dem einzigen dort beschäftigten organisierten Kollegen trotz aller Mühe nicht möglich gewesen, die übrigen Mitarbeiter zum Verband heranzuziehen. Er fand aber schließlich eine wirksame Unterstützung im Meister, der eines Tages einen Kollegen dermaßen an den Kopf schlug, daß ihm die Mühe herunterfiel. Dieser Schlag hat Wunder gewirkt, sämtliche Kollegen sind sofort dem Verband beigetreten und werden nun dafür sorgen, daß dem Meister die Lust vergeht, derartige Streiche zu wiederholen.

Neu-Henburg. Bei der Firma Horsch & Co. herrschen arge Mißstände. Die Arbeiter müssen oft stundenlang warten, bis sie Holz bekommen zum Zuschneiden. Die tariflich festgelegten Akkordpreise sind für mindestens 1/2 Beschäftigungswaise ein Duzend berechnet. Trotzdem läßt Herr Galm, der Teilhaber der Firma, zwischen einem größeren Akkord hinein 2, 3 und 4 einzelne Stücke machen, wodurch die Arbeiter empfindlich geschädigt werden. Auf das Verlangen, die einzelnen Stücke im Tagelohn herstellen zu lassen, geht die Firma nicht ein; Herr Horsch meint, das läme ihm zu teuer. Aber die Arbeiter können den Verlust tragen! Dringend nötig wäre eine Halle zum Zuschneiden, damit die Arbeiter ein wenig vor Wind und Wetter geschützt sind und nicht im knöcheltiefen Schlamm stehen müssen. Aber eine solche Einrichtung läme der Gesundheit der Arbeiter zugute und dazu recht das Geld nicht, das für andere Zwecke in nicht zu knappem Maße aufgewendet wird. Besonders schlimm sind die Zustände im Maschinenbetrieb. Tagelang müssen die Arbeiter warten bis sie besördert werden, und schließlich müssen sie ihr Holz noch selbst bearbeiten, wobei schon mancher Kollege verunglückt ist. Ist Arbeit von anderen Betrieben vorhanden, dann müssen die Schreiner im eigenen Betrieb warten, denn diese Arbeit geht ja nicht durch. Wiederholt haben unsere Kollegen auf Abhilfe der Mißstände gedrungen; es wurden wohl Änderungen versprochen, aber geschehen ist bisher nichts. Vielleicht hat die Klage an dieser Stelle mehr Erfolg.

Schramberg. In der Möbelfabrik von Maier & Sohn sind verschleierte Maßnahmen unserer Kollegen vorgenommen. Verantwortlich durch die Demoralisation einer kurzen Zeit dort beschäftigt gewesen. Als er zum Unternehmer die Möglichkeit, gegen unsere Leute vorzugehen. Der Zutritter, der bei seinen Angaben keineswegs bei der Wahrheit geblieben ist, heißt Gottlieb Luz, geb. den 27. März 1875 zu Palzgrafenweiler, Oberamt Freudenstadt. Die Verwaltungsstellen des Verbandes werden ersucht, gegebenenfalls dem Gauvorstand Stuttgart den Aufenhalt des pp. Luz bekannt geben zu wollen.

Stulzen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind bei der Firma G. A. Klingner, Dampfeschmashinenfabrik in Stolzen-Altstadt die denkbar ungünstigsten. Für gelernte Arbeiter sind Stundenlöhne von 23 bis 26 Pf., die im Durchschnitt 30 Pf. pro Stunde. Ein neu angemommener Stellmachergehilfe erhielt den horrenden Stundenlohn von 20 Pf. Mit diesen Stundenlöhnen geht nicht nur lange Arbeitszeit Hand in Hand, sondern auch sonst bestehen die verwerlichsten Mißstände. Ein ordnungsmäßiger Arbeiterausschuß besteht nicht, und wer Beschwerde führt, muß befürchten, entlassen zu werden. So wurde erst vor kurzem der Vertrauensmann der Metallarbeiter gemahnt. Daß solche traurige Zustände einreißen konnten, ist aber auf das Schuldkonto der Arbeiter selbst zu setzen, denn sie lassen sich von den „Stehegaben“ der Firma einfließen. Wenn ein Arbeiter sich verheiratet, oder ihm ein Kind geboren wird, oder ein Sterbefall vorkommt, da gibt es aus einem Fonds eine Stehegabe. Gegenwärtig ist angeschlossen, daß die Arbeiter ihre Kinder von 1 bis 14 Jahren melden sollen — zwecks Christbescherung. Von dem vorenthaltenen Lohn erhalten also die ausgemergelten Leute einen geringfügigen Bruchteil als „Almosen“ zurüch. Dieses System ist auch die Ursache, daß das Denunzianten- und Schmarozkertum in diesem Betriebe üppig blüht. Mögen die von der Firma irreführenden Arbeiter bald erkennen, daß nur Einigkeit und Zugehörigkeit zur Organisation Besserung zu schaffen vermag. Der Firma aber sei geraten, gerechte Löhne zu zahlen, denn der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht.

Zuffenhausen. Am 15. Dezember hielt hier Kollege Deinhart einen anderthalbstündigen Vortrag über „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Zu dieser Versammlung haben wir auch die Mitglieder der anderen Gewerkschaften und die unorganisierten Kollegen eingeladen, um allen Arbeitern Ge-

legenheit zu geben, über das geplante Arbeitertrutzgesetz auf-geklärt zu werden. Trozdem mitterweile der Reichstag auf-geklärt wurde und das Thema dadurch an Aktualität ver-loren hatte, waren doch circa 250 Kollegen in der Versamm-lung, welche den Ausführungen und der außerordentlich scharfen Kritik des Referenten mit gespanntester Aufmerk-samkeit folgten und zum Schluß großen Beifall spendeten.

Sterbetafel.

- Emil Kuhl, Tischler, geb. 7. Juni 1871 zu Seedorf, gest. 8. Dezember 1906 zu Brandenburg.
- Alfred Haake, Knopfmacher, geb. 5. November 1874 zu Frankenhäusen, gest. 3. Dezember 1906 ebenda.
- Mehrlorn, Tischler, geb. 7. März 1859 zu Halberstadt, gest. 10. Dezember 1906 zu Leipzig.
- Eduard Ascher, Polierer, geb. 31. Mai 1848 zu Lauterberg, gest. 8. Dezember ebenda.
- Emil Bader, Schreiner, geb. 11. November 1877 zu Krum-bach, gest. 13. Dezember 1906 zu Augsburg.
- Jul. Kruber, Tischler, geb. 22. Juli 1854 zu Bogislawitz, gest. 23. November 1906 zu Magdeburg.
- Wilhelm Rudolf, Bildhauer, geb. 14. Juli 1867 zu Weipstein, gest. 5. Dezember 1906 zu Freiburg i. Schl.
- Johann Braam, Tischler, geb. 8. März 1869 zu Gutlum, gest. 2. Dezember 1906 zu Essen.
- Andreas Erdmann, geb. 8. August 1867 zu Gr.-Stauten-berg, gest. 1. Dezember 1906 zu Gelsenkirchen.
- Bernhard Fröde, Tischler, geb. 29. Februar 1884 zu Rippen, gest. 30. November 1906 ebenda.
- Leonhard Dörner, Rammacher, geb. 22. Juni 1856 zu Nürnberg, gest. 7. Dezember 1906 ebenda.
- Fridor Schlierenzauer, Tischler, geb. 22. Januar 1862 zu Arzt in Tivol, gest. 5. Dezember 1906 zu Dresden.
- Hermann Beyer, Tischler, geb. 2. Juni 1874 zu Lebbin, gest. 8. Dezember 1906 zu Podrosche.
- Wilhelm Niechmann, geb. 15. Dezember 1877, gest. 2. Dezember 1906 zu Minden i. W.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Bezug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugung ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bam-berg (Wenz & Sohn), Bernau (Rabe), Braun-schweig, Halberstadt, Gösch am Main, Liegnitz (Krauthahn), Lübeck, Magdeburg (Mundlos & Co.), Mülheim a. Rhein (Bischoff), Schlüchtern, Bücking, Stuttgart;
- Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck, Byrnmont;
- Parfettbodenlegern nach Lübeck;
- Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lucken-walde (Spulensabrik Lange);
- Stellmachern und Tischlern nach Werdau (Waggon-fabrik);
- Stellmachern nach Döbeln (Altentisch);
- Partiumdrechslern nach Berlin;
- Rammachern nach Berlin;
- Werkzeugmachern nach Berlin (Innungsnachweis), Schön-heide;
- Wandmalern nach Zehdenick (Käppel);
- Knopfmachern und Perlmutterarbeitern nach Berlin;
- Berggoldern nach Budapest;
- Korbmachern nach Altlande (F. Prigge), Branden-burg a. S. (Adolf Schmidt), Liegnitz (Mammert, Werk-statt Bauer).

Mit einer Aussperrungsandrohung

haben die zweimonatigen Verhandlungen der Berliner Schlichtungskommission betreffs Erneuerung des Tarifver-trags geendet. Der Herr Obermeister Rahardt erklärte im Namen der Meister, daß sie zu irgendwelchen Zugeständ-nisse nicht beugt seien und erst die Meinung der Berliner Tischlermeister einholen müßten. Wer aber glaubte, daß dies in Wirklichkeit der Fall sein würde, war sehr enttäuscht, wenn er der am 11. Dezember in den Konfordinasien abge-haltenen Tischlermeisterversammlung Berlins beigewohnt hat. Anstatt die Versammlung zu hören, gab der Vorstand seine Meinung zum besten und einer nach dem anderen pro-buzierte sich immer als größerer Scharfmacher, so daß es am Schluß gar nicht munder nehmen konnte, daß die Ver-sammlung der vom Vorstand eingebrachten Resolution zu-stimmte.

Als Referenten traten die Herren Rahardt und Bry auf. Herr Rahardt teilte mit, daß die Arbeitnehmervertreter von der Galliosigkeit und Ungerechtigkeit ihrer Forder-ungen nicht zu überzeugen gewesen seien, und daß die Verhandlungen deshalb hätten abgebrochen werden müssen. Dadurch hätte sich auch die Einsetzung der von den Arbeit-nehmervertreter geforderten 18 Unterkommissionen betreffs Spezialberatung der Forderungen der einzelnen Branchen erübrigt. Ubrigens hätten sie gar nicht mal sofort Meister, wenn jede Kommission mit 5 von ihrer Seite besetzt werden sollte. Auf die Forderungen eingehend, bemerkte er, daß sie aus dem Grunde schon völlig unberechtigt wären, weil die Berliner Holzarbeiter die kürzeste Arbeitszeit und den höchsten Lohn in ganz Deutschland hätten, wie statistisch nachgewiesen wäre, und somit bei weiteren Zugeständnissen die Berliner Holzindustrie zugrunde gehen müßte. Sechs Prozent betrug nur im Durchschnitt der Reingewinn der Meister und zehn Prozent Erhöhung forderten jetzt die Gesellen. Dieses

Rechenexempel wäre nicht zu lösen. Eine Statistik der Meister hätte ergeben, daß 13000 Berliner Holzarbeiter einen Durchschnittsverdienst von 5,45 Mk. pro Tag erzielten. Allerdings rechnen sie anders wie der Holzarbeiterverband. Dieser nehme einfach einen Jahresverdienst an und dividiere mit 300, ganz gleich, ob einer 100 Tage davon nicht gearbeitet hat. Die Arbeitszeit ließe sich auch nicht mehr verkürzen, denn daran, was Herr Glocke gesagt hätte — daß dies durch intensives Arbeiten wieder weit gemacht werden könne — glaube er nicht, wollte man nicht behaupten, daß die Arbeiter jetzt gefaulenzt haben. Was wollte es besagen, wenn 116 vom Holzarbeiterverband angeführte Betriebe eine kürzere Arbeitszeit als 52 Stunden hätten. Teils wären es ehemalige Genossen, die nun nicht anders handeln konnten, nachdem sie selbständig geworden, andernteils wären es solche, die zu einer Zeit zu solchen Zuständen vom Holzarbeiterverband gezwungen wurden, wo die Organisation noch nicht stark genug zur Abwehr gewesen sei. Gegen die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises, das heißt, daß die Vermittlung ausschließlich nur durch den Arbeitsnachweis stattfinden müßte, müsse er sich ganz entschieden wenden, denn bei der guten Organisation des Holzarbeiterverbandes würde dies dahin führen, daß mißliebige Meister heimlich boykottiert würden. (!) Wenn nun gar die Abschlagszahlung auf 27 Mk. pro Woche hinaufgeschraubt werden sollte, dann würde dies zum Minimallohn werden und keiner vom Arbeitsnachweis unter dem Versprechen von 27 Mk. eine Stelle annehmen. Jetzt seien schon 800 Arbeitslose zu verzeichnen, dann würden aber viele Tausende daraus werden. Die ganze Aktion sei überhaupt nur ein Werk der jüngeren Elemente, welche alles rebellisch machten. Zwei in einer Werkstatt genügten, um alles zu terrorisieren. (Allgemeiner Beifall.) Diese Leute sagten sich: „Zu was zahlen wir denn jahrelang unsere 90 Pf., da wollen wir endlich wieder mal was sehen.“ Es sei also die reine Streikwut, und die Führer hätten die Massen gar nicht im Zügel. Sie seien mehr die Geschobenen als die Schiebenden; wackelnde Figuren, die nicht den Mut hätten, den Massen die Wahrheit zu sagen, aus Furcht, von ihren besoldeten Posten weggesetzt zu werden. Ihnen müßte man aber zeigen, mit wem sie es zu tun hätten, und ihnen das Streifen ein für allemal verleiden. Jetzt sei für die Meister die günstigste Situation; je länger sie jetzt aushielten, und wenn der Streik sechs Wochen oder sechs Monate dauerte, desto länger würden sie dann Ruhe haben. Die Meister hätten von der Arbeitnehmerorganisation gelernt und ständen jetzt stark und gerüstet dem Gegner gegenüber. (Beifall.)

Herr Bry hieb in dieselbe Kerbe und meinte, daß sie wohl zugeben, daß alles teurer geworden wäre und die kleinen Meister selbst schwer darunter litten. Sie hätten das aber nicht verschuldet und könnten es höchstens bedauern. Was sei aber nicht teurer geworden? Sämtliche Rohmaterialien und die Löhne der Gesellen seien auch fortwährend gestiegen. Durch die Schlichtungskommission seien die Löhne in die Höhe geschraubt worden. Er gebe zu, daß ein paar Jahre ausgezeichnete Prosperität gewesen wären, leider hätte aber die Berliner Holzindustrie den geringsten Vorteil davon gehabt. Die Baubranche stehe fast still, so daß Hunderte von Bänken leer ständen. Der Geldmarkt sei versteift und das Geld mit 6 Prozent zum Bauen zu teuer. Dieser Höchststand des Reichsbankdiskonts wäre immer ein bedenkliches Zeichen und deute auf wirtschaftlichen Niedergang. Anstatt daß die Gesellen nun einsichtig wären und sagen würden: „Wir wollen länger arbeiten (54 anstatt 52 und 50 Stunden), um mehr zu verdienen (!), wollten sie noch weniger arbeiten (Allgemeines Gelächter!), das wäre doch keine Logik. Von der Einführung der Maschinen hätten nicht sie, sondern die Arbeiter die größten Vorteile gehabt! (Sie erhebt höhere Abschlagszahlung sei er in keinem Fall, da sonst das ganze Streben der Arbeiter nach höherem Verdienst nicht aufhören würde und ein Privileg geschaffen werde für die Unfähigen, Schwachen und von außerhalb Zureisenden. Er empfiehlt also auch strikte Ablehnung dieser unberechtigten Forderungen, denn wenn jemand etwas zu fordern berechtigt gewesen wäre, seien es die Meister, sie hätten mehr Ursache den Vertrag zu kündigen gehabt als jene Seite. Es wäre höchste Zeit, daß mal ein Tarif zu ihren Gunsten zustande käme. Das könnten die Meister aber nur durch einiges und geschlossenes Vorgehen erreichen. Es sprachen noch weitere Redner, unter anderen Herr Pohl, aber fast ausschließlich Vorstandsmitglieder, und alle in scharfmacherischem und ablehnendem Sinne.

Herr Rahardt faßte in seinem Schlußwort noch einmal alles zusammen und erwähnte die Anwesenden zum energischsten Widerstand. Die Meister sollten sich ja nicht täuschen, daß sie etwa durch Verkleisterung den Frieden erlangen könnten, die Arbeiter wären nie zufrieden zu stellen. Auch dürfte man nicht glauben, daß der Holzarbeiterverband so dumm sein würde, am 15. Januar zu streiken; nein, er würde sich die geeignete Zeit aussuchen, um sich dann immer 50 bis 60 der schwächsten Betriebe herausgreifen und niederzwingen. Jetzt hätten sie die äußerst besten Chancen am 14. Januar. Sie sollten nur Mut fassen und dem Gegner Respekt einflößen. Steht doch dessen Sache selbst nicht gut, da der Hauptvorstand in Stuttgart die Kündigung des Vertrages nicht mal gut geheißsen hätte und kein Geld herbeigebe, höchstens gepumpt könnten die Berliner was bekommen. Wenn sie aber einmal den Beschluß gefaßt hätten, müßte er streng durchgeführt werden, denn sie würden unachtsamlich gegen Streikbrecher auf ihrer Seite vorgehen. Jeder hätte sich daher auf den 14. Januar vorzubereiten und die Afforde so einzurichten, daß am 15. Januar alle Betriebe leer ständen. Es gäbe also nur eines, und zwar, daß der Holzarbeiterverband seine Forderungen bedingungslos zurückzieht. Unsere

Parole muß jetzt lauten: „Ohne Vertrag keine Arbeit.“ Wir müssen darum alles einsehen, daß für uns ein günstiger Vertrag zustande kommt, damit wir mindestens auf drei Jahre wieder Ruhe haben. Starker Beifall folgte diesen Ausführungen. Hierauf fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die heute, am 11. Dezember, in den Konfordia-Festhallen versammelten Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen nehmen mit Bedauern von der Erfolglosigkeit der bisher mit dem Holzarbeiterverband geführten Verhandlungen über die von ihm gestellten Forderungen, insbesondere in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne, Kenntnis. Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die Bewilligung der Forderungen eine überaus schwere Schädigung des Berliner Tischlerhandwerks und der Berliner Holzindustrie herbeiführen müßte, und erklärt mit Rücksicht auf die statistisch festgestellte Höhe der jetzigen Löhne die Forderungen für unbegründet und durchaus unerfüllbar. Die Versammlung erwartet von der Einsicht der Arbeitnehmervertretung, daß sie die gestellten Forderungen (Achtstundentagsarbeit) im Interesse der gewerblichen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Industrie zurückzieht, und beauftragt ihre Vorstände, weiter für eine Verständigung tätig zu sein, ist aber entschlossen, falls eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern bis zum 14. Januar 1907 nicht erzielt ist, zwecks Abwehr der Forderungen dem Holzarbeiterverband mit vereinten Kräften entgegenzutreten. Die Versammlung gibt den Vorständen der Vereine und Verbände den Auftrag, alle erforderlichen Schritte ohne Verzug vorzubereiten.“

Diese Resolution ist dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes per eingeschriebenem Brief zugegangen. Zu bemerken ist noch, daß die Versammlung sehr gut besucht war, es waren wohl 2000 Meister anwesend. Die Stimmung war im allgemeinen eine heitere, und man weiß nicht, ob es Siegeszuversicht war, oder ob die Herren an den Ernst der Situation noch nicht recht glaubten. H. S.

Die neueste Nummer der „Fachzeitung“ enthält folgende Ankündigung:

Nachdem die große öffentliche Generalversammlung der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen vom 11. d. M. sämtliche Forderungen des Holzarbeiterverbandes abgelehnt und die Vorstände der vereinigten Verbände mit Vollmacht versehen hat, alle erforderlichen Maßnahmen für einen eventuellen Kampf mit den Arbeitern zu treffen, richten wir an alle Beteiligten nachstehenden Appell:

1. Vorgegebene Afforde müssen unter allen Umständen am Sonnabend den 12. Januar 1907 beendet sein.
2. Alle Arbeiter, welche mit Kündigung angenommen sind, müssen am Sonnabend den 29. d. M. gekündigt werden.
3. Nach den Weihnachtsfeiertagen darf keine Einstellung von Arbeitern mehr erfolgen.
4. Am Sonnabend den 12. Januar sind sämtliche Arbeiter zu entlassen.
5. Ausführungsbestimmungen über die Entlassung gehen jedem Tischlermeister und Holzindustriellen schriftlich zu.

Die Vorstände der vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie F. A. C. Rahardt.

Die Berliner Scharfmacher wollen also den Kampf. Unseren Kollegen im Reich wird aus diesen Rundgebungen die augenblickliche Situation klar werden, und sie werden die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. Sie werden den Meistern die Durchführung des Beschlusses, keine Arbeiter einzustellen, erlaubten, indem sie es nicht erlauben.

Zu Braunschweig ist am 18. Dezember der Streik nach 26wöchiger Dauer durch Vertragsabschluss mit der Tischlerinnung beendet. Die Arbeitszeit beträgt fortan 9 Stunden, die in zwei Raten bis 1. April 1907 zu erfolgender Lohnzulage 5 Pf., der Durchschnittslohn 44 Pf. Haben wir mit dem Durchschnittslohn um 8 Pf. von der ursprünglichen Forderung heruntergehen müssen, so ist der Erfolg schon um deswillen nicht gering zu veranschlagen, als die Ablehnung der Arbeitgeber sich immer und immer wieder gegen die Festsetzung eines Durchschnittslohnes überhaupt richtete. Zudem entspricht der Durchschnittslohn von 44 Pf. dem bisher durchschnittlich verdienten Lohne zuzüglich der jetzt errungenen 5 Pf. Lohnerhöhung. Da die Wiederaufnahme der Arbeit in vollem Umfang sich infolge des so lange Brachliegens der Betriebe sich noch erheblich verzögern wird, jedenfalls vor Neujahr wenig Aussicht dafür vorhanden ist, so werden die auswärts arbeitenden Kollegen ersucht, ihre Arbeit dort noch nicht aufzugeben und überhaupt die Kollegen gebeten, Braunschweig bis zum Eintritt regulärer Verhältnisse noch zu meiden.

In Tübingen erreichten die Birkenmacher der Firma Schade auf gütlichem Wege eine Erhöhung der Preise für gewöhnliche Beschware von 1,50 auf 1,60 Mk., für polierte Ware von 1,65 auf 1,75 Mk., für Wurzel von 2 auf 2,10 Mk. pro tausend Loch, für Zwickspitzen von 40 auf 50 Pf. pro Pfund, sowie die Festsetzung eines Stundenlohnes von 35 Pf.

In Lützenwalde haben die organisierten Kollegen der Holzspulenfabrik von Paul Lange die Arbeit niedergelegt. Dieser Arbeitsniederlegung liegt folgende Tatsache zugrunde. Am 24. November hatte Herr Lange in seiner Fabrik ein Schriftstück aushängen lassen, das folgenden Wortlaut hatte: Von heute über 14 Tagen ab beschäftige ich ohne Ausnahme nur noch Personal, das keinem Verband angehört, während ich Leute, die nach diesem Tage noch Verbänden angehören, entlassen werde. Grund zu diesem Entschluß ist der, daß ich selbst seit zirka anderthalb Jahren einer Berufsvereinigung nicht mehr angehört und meine Arbeitsstätten nicht mehr länger für den Verbandskultus hergeben will. Für Leute, nach deren Begriff nur die Verbändler Menschen sind, mag ich nicht länger arbeiten. Dieses Schriftstück gilt gleichzeitig als Kündigung. Paul Lange.

Da die Kollegen keine Kündigungsfrist hatten, warteten sie die Gnadenfrist, die ihnen Herr Lange gewährte, nicht ab, sondern verließen schon am Sonnabend den 1. Dezember den Betrieb. Alle Einigungsversuche vor und nach der Arbeitsniederlegung blieben erfolglos. Es sind 17 organisierte Kollegen, welche den Betrieb verlassen haben. Unter den Ausgesperrten sind Kollegen, welche schon 10, 14, 17 und 21 Jahre dort gearbeitet haben. Sie wollen aber lieber den Betrieb meiden, als sich vom Arbeitgeber bestimmen lassen, was sie außerhalb des Betriebs zu tun und zu lassen haben. 20 Unorganisierte sind in dem Betrieb geblieben. Selbst im Arbeiterschutzbund soll das Vorgehen des Herrn Lange Kopfschütteln hervorgelockt haben. Schon im Drechlerstreik 1905 hat Herr Lange durch sein Verhalten die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. In einer außerordentlichen Generalversammlung, die sich mit diesen Vorgängen beschäftigte, wurde beschlossen, den gemäßigten Kollegen der Firma Paul Lange je 10 Mk. als Weihnachtsgeschenk aus der Lokalkasse zu überreichen. — Kollegen allerorts, wir bitten, den Zuzug von Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern von der Firma Paul Lange fernzuhalten, denn nur so können wir dem Herrn zeigen, daß der Deutsche Holzarbeiterverband doch eine Macht hat.

In Magdeburg ist in der Nähmaschinenfabrik Mundlos & Co. der siebenwöchige Ausstand der Schlosser resp. die sechs wöchige Aussperrung der gesamten organisierten Metall- und Holzarbeiter am 10. Dezember beendet worden. Ausgesperrt war der gesamte Betrieb. Nachdem die Firma in der zweiten Aussperrungswoche sah, daß dies Mittel nicht zog, wurde der Betrieb wieder geöffnet und der gesamte Kuddelmuddel, Reichstreue, Christen, Unorganisierte und die unvermeidlichen Hirse zogen wieder Arm in Arm in dieses Paradies ein. Die Hirse, welche hier mit ca. 7 Mann beteiligt waren, haben ihr altes Renommee als „Streikbrecher“ wieder glänzend bewährt. Trotzdem dieses Volk mit Sympathie erklärte, nach der Aussperrung — nicht eher in den Betrieb zu gehen, bis auch ihre zu stellenden Forderungen bewilligt würden, waren diese Worte sehr bald verhallt, und in Massen verließen sie die Reihen der kämpfenden Ausgesperrten. Nur die Zentralorganisierten blieben übrig. Doch nein, auch drei Mitglieder des Gewerksvereins hatten noch Ehre im Leibe und machten diesen Schurkerstreich ihrer übrigen Kollegen nicht mit. Aber auch diese Vubereien konnten, trotzdem hierdurch ca. 250 Mann dem Betrieb zugeführt wurden, der Firma nicht helfen. Im Gegenteil mußte diese immer mehr Zugeständnisse machen, so daß die Metallarbeiter bis 18 Prozent und die Holzarbeiter bis 9 Prozent Zulagen auf Akkord erhielten. Die Löhne wurden 2 bis 5 Pf. erhöht. Der Mindestlohn erfuhr eine Aufbesserung von 5 Pf. Außerdem wurde Freitagslohnzahlung, und wenn auch nicht der „Arbeiterauschuss“, so doch ein Auktionsrat, welcher alle Beschwerden erledigen soll, zugestanden. Der Haupterfolg dieses Kampfes liegt darin, daß der Wubensstreik, welchen die Hirse, Christen usw. ausgeheckt hatten, nämlich die Zentralverbändler aus diesem Betrieb für die Zukunft fernzuhalten und dort eine Streikbrecherniederlage zu etablieren, vollständig mißlang. Die Firma gab die ehrenwörtliche Erklärung ab, daß niemand gemäßigter wird, im Gegenteil, ein jeder erhält seine Arbeit wieder. So endete auch hier wieder der Betrug der Hirse an dem solidarischen Zusammenhalt der Zentralverbändler, und dieses Volk ist um ein Blatt in ihrem Ruhmestranze reicher. „Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.“ Wann endlich wird es in den Köpfen der Arbeiter Licht, und wann meiden sie Organisationen, welche die Geschäfte der Unternehmer besorgen?

— In der Birkenholzfabrik von Otto Olze-Groß-Otterleben bei Magdeburg sind die Differenzen erledigt und ist die Sperre für Bohrer aufgehoben.

Aus der Holzindustrie.

Zur Lage der Holzindustrie. Wenn früher zu den Werkzeugmachern die höchsten Löhne herangezogen und infolgedessen besser bezahlt wurden, so ist dies heute ganz anders geworden. Mit der Einführung der Maschinen, besonders der Spezialmaschinen für diese Branche, sind heute in der Werkzeugbranche eine große Anzahl ungelerner Arbeiter tätig, und zwar nicht allein an den Maschinen, sondern speziell bei den Hobelmachern, wo sich eine weitere Spezialisierung und Teilarbeit bemerkbar macht. Es ist dadurch möglich, daß heute einfache Hobel in ganz kurzer Zeit von ungelerten Arbeitern hergestellt werden, und es ist daraus auch erklärlich, wenn die Löhne immer weiter heruntersinken. Der Kollege Stumpff-Heilbrunn hat schon im Jahre 1904 versucht, durch Erhebungen in mehreren Werkzeugfabriken Süddeutschlands festzustellen, wie verschiedenartig die Preise sind, die für einzelne Werkzeugsstücke bezahlt werden.

Die Kollegen können sich kaum ein Bild davon machen, wie wenig für eine Raubbank oder sonst einen Hobel bezahlt wird; es dürfte sie deshalb interessieren, einige Stücke nach der Preisliste von mehreren Orten auszuführen:

	Laupheim	Niedersulm	Hörsing	Stg
Raubbank doppelt . . .	29 1/2	28	30	45
einfach . . .	24 1/2	24	30	45
Schlichthobel . . .	16	15	17	35
Schropphobel . . .	18	14	14	35
Doppel- und Rauhobel . . .	19 1/2	17	20	37 1/2
Simpshobel doppelt . . .	33	43	50	49
einfach . . .	17	14	17	20

Der Preisunterschied ist für die gleiche Arbeit sehr auffallend, besonders zwischen den ersten drei und dem letzten Orte. Hinzu kommt noch, daß in Zeit die besten mechanischen Einrichtungen vorhanden sind. Wie ist das möglich? werden die Kollegen fragen. Eine Fabrik mit den besten Maschinen ist nicht nur leistungsfähiger, sondern kann trotz höherer Löhne noch mit den anderen Fabriken konkurrieren.

Aus dem Bericht von 1904 geht noch hervor, daß der Durchschnittsverdienst der Maschinenarbeiter in Laupheim 16 Mk. pro Woche beträgt. Der Stundenlohn für die Werkzeugmacher ist 21 bis 28 Pf. In Niedersulm ist der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter 17 Mk. pro Woche. Der Stundenlohn der Werkzeugmacher beträgt 16 bis 40 Pf.

40 Pf. verdienen aber nur 1 bis 2 Arbeiter. In Ochsenfurt stehen die Verhältnisse nicht günstiger. Das und Blochingen will ich gar nicht anführen, die Verhältnisse werden genau so liegen wie in Laupheim und Neckarfulm. Die Fabriken sind überdies zu unbedeutend. Günstiger stellen sich die Werkzeugmacher in Zeitz, weil durchgehend höhere Akkordpreise bezahlt werden. In Zeitz wäre es allerdings nicht möglich, mit so geringem Verdienst auszukommen. Im allgemeinen werden die zumeist an ländliche Verhältnisse gewöhnten Arbeiter weiblich ausgenutzt. Die Arbeitszeit ist noch eine zehnstündige.

Überall rührten sich die Holzarbeiter, nur bei den Werkzeugmachern war nichts zu merken. Der Indifferentismus ist noch zu groß. Besonders in Ochsenfurt glauben die Kollegen es nicht notwendig zu haben, sich zu organisieren. Zudem ist die Zersplitterung bei den Werkzeugmachern überall sehr stark eingedrungen. Das hier die Gesamtheit darunter leidet, muß den Kollegen endlich einleuchten. Kommt man in die Orte, so sind die wenigen Organisierten mühsam, es nützt ja doch nichts, das sind die Worte, die man zu hören bekommt. Weiter: Wir allein können uns nicht rühren.

Der Fabrikant beruft sich auf die Konkurrenz, er versteht es sogar, seinen Arbeitern plausibel zu machen, daß er nicht mehr bezahlen kann. „Ich würde gern mehr bezahlen, aber es ist nicht möglich, da und dort wird noch 1/3 Pf. oder gar 1 Pf. weniger für das Stück bezahlt, geht zu, daß von dort die Konkurrenz beseitigt wird. Auf diesen Leim hupfen viele unserer Kollegen, wird aber der Versuch gemacht, dort vorzugehen, dann ist es derselbe Fabrikant, der über die unberechtigten Forderungen der Arbeiter loszieht, und wenn möglich, seinen Konkurrenten noch unterstützt teils mit Waren und teils durch die Mittel seiner Organisation. Diese Vorgänge, die keineswegs mehr neu sind, sollten doch auch die Werkzeugmacher zum Bewußtsein bringen. Trotz der Verteuerung der Lebensmittel, trotz der Verschlechterung ihrer Lage sind die Werkzeugmacher der Organisation noch unzugänglich.

Kollegen, wolt ihr, daß sich eure Lage nicht noch weiter verschlechtert, so muß alles aufgeboten werden, die Maschinen- und Hilfsarbeiter mit zu organisieren; aber auch die Werkzeugmacher selbst sollten sich ihrer Organisationspflicht erinnern. Deshalb rufen wir euch zu: erwacht aus der bisherigen Lethargie, klärt die nächststehenden Kollegen auf. Kollegen, ihr habt versäumt, die gute Geschäftskonjunktur auszunützen, sorgt wenigstens dafür, daß in der Krise eine weitere Verschlechterung in eurer Branche nicht eintritt; dies ist aber nur möglich, wenn sich Mann für Mann dem Holzarbeiterverband anschließen.

Der Internationale Union der Holzarbeiter sind nach den neuesten Mitteilungen ihres Sekretärs Kollegen Geipart der Dänische Vergoldeverband (Förgelederforbundet i Danmark) mit 64 Mitgliedern und der Verband der Tischler (Syndicatul Lucratorilor Timplari) in Bukarest (Rumänien) mit 400 Mitgliedern beigetreten.

Gewerkschaftliches.

Das Antigewerkschaftsgesetz vorläufig beseitigt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften erläßt an der Spitze der neuesten Nummer des „Korrespondenzblatt“ folgen den Aufruf:

Am 13. Dezember ist der Reichstag aufgelöst. Er wollte die Forderung der Regierung, ihr freie Hand zu lassen, den Kolonialkrieg bis ins Unendliche fortzuführen, nicht bewilligen.

Mit der Auflösung oder dem Schluß des Reichstags finden alle Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag zur Beschlussfassung unterbreitet sind, ihre Erledigung. Unter ihnen auch der „Entwurf eines Gesetzes betreffend gewerbliche Berufsvereine“. Um zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, war von der Generalkommission ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress einberufen worden. Die näheren Mitteilungen über diesen Kongress und seine Vorgeschichte sind im nachstehenden Aufruf beziehungsweise Aufsatz enthalten und vollständig oder im wesentlichen Inhalt durch die gesamte Arbeiterpresse veröffentlicht. (Der Aufruf ist in Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckt.)

Da der Kongress nur die Aufgabe haben sollte, zu dem vorgelegten Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, so wird, weil die Vorlage durch Schluß des Reichstags vorläufig beseitigt ist, der Kongress entbehrlich. Ob die Regierung dem voraussichtlich im Februar zusammen tretenden neuen Reichstag denselben oder einen ähnlichen Gesetzentwurf vorlegen wird, muß dahingestellt bleiben.

Sollte eine solche Gesetzesvorlage wieder eingebracht werden, so wird wahrscheinlich sich auch ein Gewerkschaftskongress wieder notwendig machen. Zurzeit wäre ein solcher zwecklos. Wir ersuchen die Gewerkschaften, die Vorarbeiten für den Kongress und auch für die in Aussicht genommene Protestaktion einzustellen.

Die ganze Kraft muß sich in den nächsten Wochen auf die Wahlen zum Reichstag konzentrieren. Es muß Sorge getragen werden, daß der Reichstag so zusammengesetzt wird, daß er einer Vorlage, wie die von der Regierung betreffend die Berufsvereine eingebrachte, seine Zustimmung verweigert. Hierzu können die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sehr viel beitragen. Im eigensten Interesse, in der Erkenntnis, daß es gilt, die den Gewerkschaften drohende Gefahr zu beseitigen, muß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft regen Anteil an den Reichstagswahlen nehmen.

Wer diese Arbeiterpflicht versäumt, ist mitverantwortlich für die nachteiligen Folgen, die eine gegen die Gewerkschaften sich richtende Gesetzgebung unseren mit schweren Opfern aufgebauten und erhaltenen Organisationen bringen muß.

Dieser Wahlkampf wird auch ein Kampf um das Gewerkschaftsrecht und alle Gewerkschaftsmitglieder müssen deshalb ihr Bestes in diesem Kampfe einsehen.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Regien.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Entlassung auf Grund des § 125 der Gewerbeordnung.

Ist ein Arbeitgeber nach § 125 der Gewerbeordnung verpflichtet, einen Arbeiter zu entlassen, wenn ihm der frühere Arbeitgeber mitteilt, daß der betreffende Arbeiter bei ihm kontraktbrüchig geworden sei, ohne daß ein gewerbegerichtliches Urteil vorliegt? In dieser Frage hat, wie uns aus Fürth geschrieben wird, das dortige Amtsgericht eine interessante Entscheidung gefällt. Es handelte sich dabei um folgenden Sachverhalt:

Der Schreiner K. war beim Schreinermeister St. in Arbeit. Nachdem er zwei Tage an einem neuen Akkord gearbeitet hatte, konnte er sich mit dem Meister nicht über den Akkordpreis einigen und hörte auf. St. händigte ihm die Papiere aus mit dem Bemerkten: „Sie können gehen, wenn Sie aber in Fürth Arbeit nehmen, werde ich Sie wieder holen lassen.“ K. trat hierauf in der Möbelfabrik von Sch. in Fürth in Arbeit, und St., der davon Kenntnis erhielt, verlangte von Sch. die Entlassung des K. unter Berufung auf § 125 der Gewerbeordnung. Dieser Aufforderung kam Sch. nicht nach und wurde deshalb von St. verklagt. Nach dreimaliger Verhandlung wurde der Kläger abgewiesen. Maßgebend für das Urteil war der Umstand, daß St. nicht das Gewerbegericht gegen K. angerufen hatte. Wenn er der Meinung war, daß dieser Kontraktbruch begangen hatte, dann hätte er dieses durch das Gewerbegericht feststellen lassen müssen. Die Erklärung, daß er den K. holen lassen würde, wenn er in Fürth Arbeit nimmt, hat keine rechtliche Bedeutung. Das amtsgerichtliche Urteil führt in dieser Beziehung aus: „Mit Rücksicht auf die Äußerung des Klägers beim Austritt des K. war die Anschauung des Beklagten eine berechnete und das Arbeitsverhältnis konnte als gelöst betrachtet werden, da Kläger dem K. nicht vorschreiben kann, wo er Arbeit nehmen darf.“

Ungetreuer Kassierer. Der frühere Kassierer B. der Zentraltrankenkasse der Tischler in Feudenheim hatte der Kasse 550 Mk. unterschlagen. Dieserhalb wurde derselbe am 29. November vom Landgericht in Mannheim zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Nur dem Umstand, daß er den Betrag der Kasse ersetzt hatte, hatte er es zu verdanken, daß er nicht härter bestraft wurde.

Technisches.

Die Süddeutsche Schreinerfachschule in Nürnberg hatte auch im verflossenen Schuljahr auf Grund ihrer günstigen Erfolge in der Ausbildung ihrer Schüler eine Steigerung der Besuchsziffer aufzuweisen. Die Besucher, die mit wenigen Ausnahmen das Schreinerhandwerk erlernt, standen im Alter von 17 bis 40 Jahren und stammten aus allen Gegenden Deutschlands sowie der Schweiz, Osterreich, Dänemark, Schweden, Rußland und Amerika. Dieselben bildeten sich speziell in den theoretischen und zeichnerischen Fächern für das spätere Berufsleben als selbständige Meister, Techniker, Zeichner und Werkführer aus. Die Nachfrage nach tüchtigen Absolventen war auch im verflossenen Jahre eine sehr rege.

Die Leistungen und Bestrebungen der Schule wurden auch von verschiedenen Behörden, Kreisregierungen, Korporationen und privaten Stiftungen dadurch anerkannt und gefördert, daß einer Anzahl von Schülern Beihilfen im Gesamtbetrag von 3800 Mk. gewährt wurden.

Über die im Schulgebäude ausgestellten Schülerarbeiten, die eine korrekte, flotte und künstlerische Durchbildung zeigten, sprachen sich die zahlreichen Besucher, Fachleute wie Laien, sehr lobend aus.

Exkursionen von fachwissenschaftlichem Interesse wurden in einer Anzahl Fabriken unternommen; auch Sehenswürdigkeiten der Stadt wurden gemeinschaftlich besichtigt. Prospekte versendet die Anstalt kostenlos.

Einzeln.

Zur Stuhlarbeiterkonferenz.

Der Gauvorstand des Gau Stuttgart hat bei den Zahlstellen Marbach, Spiegelberg, Steinheim, Sulzbach, Winnenden, Wacknang, Gaildorf, Stuttgart und Zuffenhausen Umfrage gehalten, um die Löhne in der Stuhlindustrie feststellen zu können. Ein betrübendes Bild hat das Resultat ergeben. Wöchentliche Durchschnittslöhne von 15 und 18 Mk. wurden festgestellt. Nur in wenigen Fällen beträgt der Durchschnittslohn 22,50 Mk. In den einzelnen Branchen gibt es sogar Stundenlöhne von 22 und 23 Pf. In verschiedenen Fabriken wird die Maschinenarbeit von Wandtschneidern gemacht, trotz entgegengesetzter Bestimmung der Süddeutschen Berufs-gesellschaft. Taxise findet man nur selten vor. Bei den niedrigen Akkordlöhnen ist natürlich das Defizitumwesen sehr verbreitet. Zahltag ist alle vierzehn Tage. Als Unikum wird von einer Zahlstelle berichtet, daß ein Bäcker, der bei der Nacht beim Brotbacken hilft, bei Tag an einer Wandtsäge um 23 Pf. pro Stunde arbeitet. Auch aus den anderen Zahlstellen unseres Gau's sind uns schon des öfteren Berichte über schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Stuhlbranche eingesandt worden. Hoffentlich hat man in allen in Betracht kommenden Orten zur allgemeinen Stuhlarbeiterkonferenz Stellung genommen. Wo dies nicht geschehen ist, muß es schleunigst nachgeholt werden.

Der Gauvorstand. J. A.: Gg. Raub.

Zur Drechslerbewegung.

In welcher elenden Lage die Drechslerei ihr Dasein fristen, wird wohl jedem Berufskollegen klar sein. Daher ist es ja sehr erfreulich, daß endlich auch die Drechslerei sich aufrufen, um ihre Lage zu verbessern. Wenn bisher so gut wie gar nichts für die Drechslerei geschehen ist, so liegt das wohl größtenteils an den Kollegen selber, denn die Mehrzahl derselben hat sich sehr wenig um ihre eigene Sache gekümmert.

Aber auch die Hauptverwaltung sowie die Gauvorstände sollten ein wenig mehr Interesse für unseren Beruf haben; dann würden wir um einiges besser gestellt sein.

Die hiesige Sektion erklärte sich einstimmig dafür, daß zunächst eine Zentralkommission gewählt wird, die dann das nötige Material sowie die Vorarbeiten zu einer Konfe-

renz besorgt. Sollte es dann zu einer Konferenz kommen, dann müßte zunächst dafür eingetreten werden, daß die Akkordarbeit völlig beseitigt wird. Denn durch das Akkordsystem wird unsere Lage immer erbärmlicher. Die Kollegen, welche noch so gerne auf Akkord schufteten, sollten doch auch einmal an ihre Gesundheit denken, und dann auch etwas mehr Kollegialitätsgefühl besitzen. Denn wir haben noch sehr viele arbeitslose Kollegen in unserem Beruf, die doch auch leben müssen. Hier am Orte sind die Drechslerei so ziemlich alle im Verband, doch wir sind um kein Haar besser gestellt als die Kollegen anderen Ortes. Obwohl in letzterer Zeit etliche unserer Berufskollegen einen anderen Beruf ergreifen mußten, so haben wir hier doch regelmäßig einen bis zwei arbeitslose Kollegen zu verzeichnen.

Es ist wohl die höchste Zeit, daß gegen diese schlechten Verhältnisse in unserem Beruf etwas geschehen muß.

Wir wünschen, daß auch der Hauptvorstand recht bald hierzu Stellung nehmen möge. F. H.-Königsberg i. Pr.

Es haben sich schon mehrere Kollegen an dieser Stelle zur Frage der Abhaltung einer allgemeinen Drechslerkonferenz geäußert. Ich kann mich mit einer derartigen Konferenz jetzt noch nicht einverstanden erklären; ich denke, daß dieselbe das nicht erreicht, was sie erreichen soll, weil unser Gewerbe aus sehr viel Branchen zusammengesetzt ist. Der Hauptpunkt müßte meines Erachtens die Lohn- und Arbeitsverhältnissfrage sein, und gerade dieser Punkt kann in einer derartigen Konferenz gar nicht zum Ausdruck kommen, da doch alle Branchen vertreten sind, und jeder vertritt das seinige.

Es wird in letzter Zeit das schweigende Verhalten des Hauptvorstandes kritisiert; was soll dieser aber auch jetzt schon tun? Manche Kollegen denken, wenn ein Artikel in der Zeitung kommt, muß die Meinung des Hauptvorstandes sofort folgen. Der Ansicht der Kollegen in Halle kann ich nur zustimmen. Dieselben regten Branchenkongresse an, und zwar erst in Gauen vorzunehmen. Denn wenn etwas veranstaltet wird, muß es auch zweckentsprechend sein. Ich bin der Ansicht, Preislisten von jeder Branche aus-

zuarbeiten, aber nicht, wie es immer gemacht wird, Listen, über den Durchschnittspreis von ganzen Orten, von jedem Betrieb muß eine Preisliste angefertigt werden. Ist dies geschehen, dann müssen die vom Gauvorstand durch die Lokalverwaltung bestimmten Kollegen die Listen vervielfältigen und jeder Zahlstelle, in der sich eine derartige Branche befindet, eine Liste zuschicken, damit jeder zur Konferenz gewählte Delegierte vor der Konferenz genaue Kenntnis nehmen kann. Wenn jeder Delegierte das Material in Händen hat, so erleichtert das die Diskussion und die Verhandlungen gehen flott von statten. Sämtliche Branchenkongresse müßten aber alle an ein und demselben Tage sowie in einem Orte stattfinden, das heißt im Gau, damit im Anschluß eine allgemeine Drechslerkonferenz tagen könnte, die sich mit verschiedenen anderen nützlichen Fragen beschäftigen kann. Bei Annahme dieses Vorschlages würden bedeutende Unkosten gespart werden. Es würde ja viel Mühe und Arbeit kosten, aber es dürfte sich keiner der Arbeit scheuen, denn es würde für jeden nützbringend und ein gutes Agitationsmittel sein. Ist diese Konferenz zu unserer Zufriedenheit ausgefallen, dann könnten sich dieselben über ganz Deutschland erstrecken. Der Errichtung einer Zentralkommission stehe ich sehr freundlich gegenüber. A. P.-Waldheim.

Literarisches.

Zwanzig Märchen und Geschichten von Andersen, für Kinder von 13 Jahren und auch für Erwachsene bestimmt, herausgegeben vom Verein für Kunstpflege in Hamburg. Dies gut ausgestattete farbig illustrierte Buch kann zum Preise von 1,25 Mk. nur direkt durch J. Schlichting, Hamburg 22, Ortrudstraße Nr. 39, bezogen werden.

Gleiches Wahlrecht und billige Nahrung. Das Programm des Bürgerturns und der Arbeiterschaft. J. Bielefelds Verlag, Freiburg i. B. 1906. 23 S. 30 Pf.

Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Diese Broschüre von Rosa Luxemburg, die im Buchhandel 30 Pf. kostet, steht Parteiverenen, die eine größere Partei beziehen, in einer Agitationsausgabe zum Selbstkostenpreis, 15 Pf., zur Verfügung. Bestellungen sind unter Angabe, daß die Agitationsausgabe verlangt wird, an die Buchhandlung von Auer & Co., Hamburg 36, Fehlandstr. 11, zu richten.

Alkoholismus und Tuberkulose. Von Dr. med. J. B. Stubenvoll. (1. bis 5. Tausend.) 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiterabstinenzbund, J. Michaelis, Berlin S. 42, Luisen-Ufer 55.

Briefkasten.

Zeit. M. M. Da nochmals eine Wahl stattfindet, hat die Veröffentlichung des Berichtes gar keinen Sinn. Wir unterlassen das deshalb.

Weißensee. M. G. Anonyme Zuschriften kommen in den Papierkorb.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Leinwandeinband.

Arnim, 1 Band, geb. 2 Mk.	Körner, 2 Bände, geb. 4 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. 2 „	Lenan, 2 Bände, geb. 4 „
Bürger, 1 Band, geb. 2 „	Lessing, 5 Bände, geb. 12 „
Chamisso, 2 Bände, geb. 4 „	Ludwig, 3 Bände, geb. 6 „
Elohendoff, 2 Bde., geb. 4 „	Novallis u. Fouqué, 1 Bd., geb. 2 „
Gellert, 1 Band, geb. 2 „	Platen, 2 Bände, geb. 4 „
Goethe, 15 Bände, geb. 30 „	Reuter, 5 Bände, geb. 10 „
Grillparzer, 5 Bde., geb. 10 „	Rückert, 2 Bände, geb. 4 „
Haus, 4 Bände, geb. 8 „	Schiller, 8 Bände, geb. 16 „
Hebbel, 4 Bände, geb. 8 „	Schiller, 14 Bände, geb. 28 „
Heine, 7 Bände, geb. 14 „	Shakespeare, 10 Bde., geb. 20 „
Herder, 5 Bände, geb. 10 „	Tieck, 3 Bände, geb. 6 „
E. T. A. Hoffmann, 3 Bde., geb. 6 „	Uhland, 2 Bände, geb. 4 „
Immermann, 5 Bde., geb. 10 „	Wieland, 4 Bände, geb. 8 „
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 „	

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branchenversammlung am Donnerstag den 27. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Hofentaterhof (großer Saal), Hofentaterstr. 11/12.

Anzeigen.

Mendmann. Reiseunterstützung zahlt Kassierer Georg Schönmeier, Friedrichstr. 15, mittags 12-1 Uhr und abends 7-9 Uhr.
Metsa. Reiseunterstützung wird abends von 7-8 Uhr in der Herberge zur Heimat ausbezahlt.

Friedrich Vogel (Amdeshut)

bitte um Deine Adresse.
Gustav Sötje, Bremerhaven
Thulesiusstraße 26 part.

Geschäftsführer gesucht.

Die Zahlstelle Bremerhaven sucht zum 1. April einen Geschäftsführer. Auf eine erste Kraft wird reflektiert. Derselbe muß organisatorische und agitatorische Befähigung besitzen, mit Verwaltungsgeschäften hinreichend vertraut sein.

Kolalbeamter gesucht.

Die Zahlstelle Duisburg sucht zum 1. Febr. 1907 einen Lokalbeamten. Nur auf eine erste rethorische Kraft wird reflektiert. Derselbe muß organisatorische und agitatorische Befähigung besitzen.

Kolalbeamter gesucht.

Die Zahlstelle Hildorf sucht zum 1. Febr. 1907 einen Lokalbeamten. Derselbe muß organisatorisch und agitatorisch befähigt und mit Verwaltungsgeschäften vertraut sein.

Möbelfischler

auf bessere furnierte Möbel per 1. Jan. 1907 od. auch sofort für dauernd gesucht.
Möbelfabrik C. Barthel, Swinemünde.

Suche zu sofort noch 3 Tischlergesellen bei hohem Afford, die gut eingearbeitet sind, auf weiße Kleiderschränke und Vertikow in verschiedener Stilform. Saubere Arbeit verlangt. Stellung dauernd und angenehm.

Lichtige Tischler für Tische und Buffetts finden dauernd lohnende Stellung bei
Richard Saalfeld, Helmstedt
Herzogtum Braunschweig.

Tücht. Stuhlmacher

gesucht. Schmidt & Keerl, Cassel.

Wirklich tüchtige, befähigte
Stuhlbaue
hauptächlich für Sessel und bessere Stühle sowie Polierer stellen wir ein.

Robert Oehlschlägel & Co.
Dr. Holland b. Elbing, Westpreußen.
2 tüchtige Stuhlpolierer per sofort oder 1. Januar 1907 gesucht.

6 Polierer und Poliererinnen für dauernde Arbeit suchen
Winkler & Co., Mossettsfabrik
Niederursel a. T.

Ein tüchtiger Drechslergeselle gesucht auf gute Möbelarbeit (Fußbetrieb).
Heinrich Buchholz, Drechslermeister
Beine, Steberdorferstraße 31.

Tüchtige Naturstockraspler und Polierer sowie Hornraspler finden dauernde Stellung bei gutem Affordlohn.
Stockfabrik Bauer & Co.
Hattersheim bei Frankfurt a. M.

2-3 Kammacher auf Horn-, Pfeiler- und Staubkämme finden dauernde Beschäftigung bei
H. Sell, Driesen a. Rheine.

Suche Korbmacher auf grün Gematt bei erhöhtem Affordlohn. Wochenverdienst 85 Mk.
C. Schmidt, Reibe b. Berne, Oldenburg i. Gr.

4 Korbmacher auf Mattarbeit (frisches Holz, guter Lohn), einer auf weiße Arbeit, für dauernd gesucht.
Fr. Allrich, Berleberg.

2 Korbmacher für Eisenkörbe, runde Mattarbeit, gesucht. Boden 18, Höhe 18, obere Weite 18 Zoll. Stück 85 Pf., mit Fußkämme 87 Pf.
C. Möller, Korbmachermeister
Salzkotten, Westfalen.

10-15 tüchtige Korbmachergesellen auf Großgeschlagenes finden dauernde Beschäftigung in der Korbflechterei zu Kriescht, Kreis Ost-Sternberg.
Karl Reichert, Wertmeister.

Gestellarbeiter

auf Sessel, Beddigmöbel, bei dauernder, lohnender Beschäftigung gesucht. Verheiratete bevorzugt.
Karl Hochherz
Troisdorf b. Köln a. Rh.

Korbmacher a. Pflanzkörbe (Gematt) sof. gef.
Emil Michael, Paffenbet, Goldstein.

Ein tüchtigen fleißigen Zu- und Rundschneider, der auch ein tüchtiger Bohrer ist, wird per sofort gesucht.

Korkenfabrik „Suberania“
Schiltberg i. Polen.

Ein Bohrer und Pecher sofort gesucht. Später, Mitte Januar, ein Zurechter, Pecher und Einzieher bei gutem Affordlohn. Stundenlohn 40 Pf.

Johs. Sauer, Bürsten- und Pinselfabrik mit Kraftbetrieb, Bielefeld.

Almanach für das Jahr 1907
Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes
Der Verbandsvorstand.

Waubsägerei
Kerbschnitzerei, Holzbrandmaserei lief. am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz usw.
J. Brendel, Magd. 95 (Pfalz).
Reichhalt. Katalog, o. über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franko.
Lautbachholz pr. am v. 1. Wf. an.

Mehrere Bürstenmacher auf Rohzurichterei in Afford werden gesucht.
Otto Schwartz, Rohmaterialgeschäft
Magdeburg, Karlstraße 6.

Tischler als Reisender

gesucht für Beschläge und Werkzeuge gegen Provision. Verdienst 15-20 Mark täglich.
Rebegewandte Herren wollen sich unter Befügung ihrer Photographie und Retourporto unter K. S. 1976 durch Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln, melden.

Vollständig neu!
Der Praktische Tischler
Von Prof. Hermann Walde.
Keine Zeitung
Komplettes Fachwerk mit Detailzeichnungen und gefamte Bau- und Möbelfischlerenthaltend.
Preis alles zusammen 25 Mark. Gegen Raten 27 Mark.
E. S. Fried. Reizner Leipzig.

Umfassendes Fachwissen in der Bau-, Kunst- u. Möbelfischlerei, in Zimmerereigewerbe erlangt man durch die Selbstunterrichtswerke System Karnack Hachfeld. Glänzende Erfolge: Ansichtssendungen, Prospekte u. Anerkennungsschreiber gratis und franko.
Bonness & Hachfeld, Verlag Potsdam-R. 1

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.
Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzusenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. von Ernst Loose. 220 S. Preis kartoniert 4 Mk., mit Porto 4,20 Mk.

Praktische modern. Möbel, Zimmereinrichtungen in Perspektive gezeichnet an der Süddeutsch. Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor Karl Malbaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

Der Möbelfischler von A. u. M. Graef. Sechstegänzlich neubearbeitete Auflage. 40 Foliotafeln mit erklärendem Text. In Mappe. Preis 10 Mk., m. Porto 10,50 Mk.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg
Erstklassige Lehranstalt.
Dir. Carl Malbaum.

Tischler-Fachschule.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischler-Fachschule Detmold
Werkführer- und Technikerkurse
Gesellige Meister-Prüfung
Programme frei durch die Direktion

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmäßigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten ein Lehrbuch des Polierens, ein Lehrbuch des Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:
Jubiläumspolitur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, poronschlüssende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt.
Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.
Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpolitur.
Sorbische Anstrichmittel. Verschiedene Körnerbeizen, Sandbeizen.
Elausteinpapier, Lederleime.
Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.
Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.
Ferner empfehle:
Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet
laut Gutachten der beste bisher existierende.
Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krohn
Reinickendorf-Berlin.
Gegründet 1866 a. Prämiiert Gewerbeausstellung Berlin.

Grund-Megerlein, Matt-Megerlein, Megerlein-Politur, Megerlein-Ueberzugslack, Original-Grundierpräparat, schellackhaltiges, wasserfestes und feinstes Mattpräparat, gereinigt und neutralisiert, fleckenfrei und höchst ausgiebig, streichbare Politur, langjährige, bewährteste Spezialität.
Megerles Deutsche und Oesterreichische Lackfabriken
Friedberg in Hessen. * Wien XXI.
Inland- und Auslandpatente.
London 1904: Ehrenplomb, Ehrenkrenz, Gold. Medaille (Grand Prix)